

Bezugspreis:

Bestelljahr 20.—21. monatlich 10.—21.
für ein Jahr 120.—21. monatlich 10.—21.
für ein Jahr 120.—21. monatlich 10.—21.
für ein Jahr 120.—21. monatlich 10.—21.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochent-
lich zweimal: Sonntags und Montags
einmal.

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Mariusplatz, Nr. 15190-15197

Dienstag, den 18. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Mariusplatz, Nr. 11753-54

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Anzeigenzeile
in der ersten Spalte kostet 30 Pf.
„kleine Anzeigen“, das ist
getrocknete Ware, jedes weitere
Zeichen 10 Pf. Die Anzeigen
für die ersten vier Zeilen
kosten 40 Pf., jedes weitere Zeichen
10 Pf. Die Anzeigen für die
ersten vier Zeilen kosten 40 Pf.,
jedes weitere Zeichen 10 Pf.
Die Anzeigen für die ersten
vier Zeilen kosten 40 Pf., jedes
weitere Zeichen 10 Pf.

Auf zu den Preußenwahlen!

Die Verfassungsgebende Preussische Landesversammlung hat ihre Arbeiten beendet. Am 20. Februar wird der erste ordentliche Preussische Landtag neu gewählt, und gleichzeitig finden die neuen Wahlen zu den Provinziallandtagen und den Kreisparlamenten statt. Die Sozialdemokratie tritt mit dem festen und klaren Bewußtsein vor die Wähler und Wählerinnen, in der Landesversammlung ihre volle Schuldigkeit für die breiten Massen des arbeitenden Volkes, Handarbeiter, Angestellte und Beamte, getan zu haben, und darf hoffen, daß ihre Bemühungen und Leistungen die Anerkennung der Wählerschaft finden werden.

Die Sozialdemokratie hat es nicht vermocht, in den zwei Jahren des Bestehens der Preussischen Landesversammlung die ungeheuren Bewältigungen des Krieges an Volkskraft und Volkswohlstand wieder gutzumachen. Keine Partei Deutschlands, keine Macht der Welt wäre dazu imstande gewesen. Wer wollte noch auf die dümmsten aller oberflächlichen Redensarten hereinfallen: „früher war es besser!“ und sich deshalb den Parteien in die Arme werfen, welche das Rad der Entwicklung zurückdrehen wollen? Sie vergessen, daß die alte Monarchie und der alte Militarismus uns in den schrecklichen Weltkrieg hineingeführt haben und daß sie ganz allein die Verantwortung für die entsetzliche Niederlage

tragen, die Deutschland wehrlos gemacht hat und die gegenwärtigen Minister der Rechten im Reich genau so zwingt, die schlimmsten Demütigungen vom Bunde der Sieger hinzunehmen, wie das die sozialdemokratischen Minister tun mußten. Kein Mensch mit fünf gefunden Sinnen kann in Deutschland an einen neuen Waffengang denken.

Nur mit den Mitteln der Vernunft und des Rechtes kann Deutschland allmählich seine internationale Stellung wiedergewinnen.

Keine andere Partei hat so gute Aussichten, den furchtbaren Druck des Verfallens Friedens auf das deutsche Volk allmählich zu erleichtern, wie die Sozialdemokratie mit ihrem ungebrochenen starken Gefühl für die deutsche Arbeit und die deutsche Kultur und zugleich ihren internationalen Beziehungen.

Nur ein freies, republikanisches Deutschland kann in allen seinen Bürgern Liebe zur Heimat färdern und über unsere Grenzen hinaus Freunde gewinnen. Die sozialdemokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung und die von ihr bestellten Minister haben ihre ganze Kraft daran gesetzt,

die demokratische Freiheit zu erhalten.

Sie haben die verbrecherischen Putsch von rechts und links gegen die junge Freiheit bekämpft und niedergeschlagen. Sie haben verhindert, daß in Preußen — wie etwa in Bayern — die bürgerliche Komödie einer kurzfristigen Räterepublik aufgeführt wurde, um alsbald in die schwarze Reaktion umzuschlagen. Sie haben in der ersten Reihe des Kampfes gegen die Kappisten und Lüttwits gestanden und haben sie zu Boden gerungen.

Bis zur Revolution bestand in Preußen das alte Dreiklassenwahlrecht, das vier Fünftel des Volkes in die dritte Klasse der Wähler pferchte und dadurch entrechtete und entehrte. In den beiden Rechtsparteien der Landesversammlung sahen weit über ein Duzend Abgeordnete, die bis zur Revolution

jäh an dem Dreiklassenwahlrecht festgehalten

und der Forderung der breiten Massen auf politische Gleichberechtigung hohe gesprochen hatten. Auch jetzt noch hatten Rechtsparteien grundsätzlich an der Wahlgleichheit fest. Sie forderten bei einer preussischen Verfassungsberatung eine Erste Kammer, bei der die Zahl der Vertreter nicht nach der mechanischen Zahl, sondern nach der Bedeutung der einzelnen Berufe für das Ganze abgestuft wäre.

Die Sozialdemokratie allein schätzte zuverlässig und stark das gleiche Recht für alle.

Die neuen Wahlen vollziehen sich unter dem freiesten Wahlrecht, dem gleichen, geheimen, direkten Verhältniswahlrecht für Männer und Frauen. In derselben Weise werden die Provinziallandtage und Kreisparlamente gewählt, deren Befugnisse durch die erweiterte Selbstverwaltung in Zukunft weit größer sein werden als bisher. „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir liegen!“

Die Sozialdemokratie hat auch den Frauen die politische Gleichberechtigung

gegeben. Willkürlich und zähneknirschend haben sich Rechtsparteien und Zentrum damit abfinden müssen. Wie sie innerlich zu den Frauenrechten stehen, zeigt die Tatsache, daß sie noch in der Landesversammlung der Zulassung der Frauen zum Richter- und

Anwaltsberuf mit höhnischen und herabsehenden Worten widersprochen und sie verhindert haben. Mit brutaler Rücksichtslosigkeit haben sie

durch Obstruktion die Verabschiedung des Hebammen- gesetzes vereitelt.

das allen armen Müttern Geburtshilfe und den Hebammen ein beschwerliches Mindestmaß wirtschaftlicher Existenzmöglichkeit sichern sollte.

Die Sozialdemokratie tritt in diesen Wahlkampf getreu ihren alten Grundsätzen für die folgenden Hauptforderungen ein:

Die Sozialdemokratie will die Freiheit.

An erster Stelle steht ihr die Sicherung der Republik. Die Sozialdemokratie verwirft jeden Terror und jede Gewalttätigkeit, komme sie von rechts oder links. Die Sozialdemokratie bekämpft die Brandstiftung des preussischen Volkes durch seinen früheren nach Holland geflüchteten König. Die bürgerlichen Parteien waren gewillt und entschlossen, den hochverratlichen angelegten Putsch zu unterstützen, die aber eine Milliarde wert übersteigt. Die Sozialdemokratie hat diesen Vergleich nicht nur bekämpft, sondern ihre Arbeit in der Landesversammlung hat ihn auch zu Fall gebracht. Jetzt liegt die Entscheidung bei den Wählern. Lege sich jeder Mann und jede Frau aus dem Volke am 20. Februar die Frage vor: Wollt ihr Wilhelm eine Milliarde nach Holland nachschicken? Wer das verhindern will, stimme sozialdemokratisch!

Die Sozialdemokratie will den Frieden.

Sie bekämpft die gewissenlosen chauvinistischen Hejereien, die angesichts der gegenwärtigen Lage Deutschlands heute noch feindlicher sind als vor dem Weltkrieg. Allein die Sozialdemokratie war imstande, dem deutschen Volke überhaupt aus dem Weltkrieg herauszuhelfen und ihm den Frieden wiederzugeben. Der Friede mußte nach der vollkommene militärischen Niederlage hart, brutal, mörderisch sein. Nur durch den Frieden wird der Friede verbessert werden.

Die Sozialdemokratie will Brot schaffen.

Sie bekämpft mit aller Entschiedenheit den agrarischen Wucher, der sich in der Preussischen Landesversammlung in dem grotesken Satze des Zentrumsabgeordneten Käfers offenbarte: „Wir müssen dem deutschen Volke den Luxus des billigen Brotes abgewöhnen.“ Die Aufhebung der Zwangswirtschaft hat die landwirtschaftliche Produktion nicht gesteigert, die Ernährungsverhältnisse für die breiten Massen nicht verbessert, Wucher und Schleichhandel nicht überwunden, die Ehrlichkeit in Handel und Wandel nicht wiedergebracht.

Wohl aber hat die Wirtschaft der bürgerlichen Parteien die Preise aller Lebensmittel, die auf dem Weltmarkt unauflöslich sinken, in Deutschland fortwährend auf maßlose Höhe getrieben und dadurch Arbeitern, Angestellten und Beamten nahezu die Existenzmöglichkeit abgeschnitten.

Die Sozialdemokratie will die Ordnung.

Die Ordnung ohne Vorrechte und Vorbehalte. Sie verwirft die Bewaffnung der Kommunisten genau mit derselben Bestimmtheit wie die Bewaffnung der Kappisten, die Dregsch und die Selbstschutzwände. In einem geordneten Staat hat sich niemand selbst zu schützen. Waffentragen darf nur der, der von der demokratisch gewählten Regierung dazu bestellt ist.

Die Sozialdemokratie will die Gerechtigkeit.

Die gegenwärtige preussische Justiz ist ein Hohn auf das Rechtsempfinden des Volkes. Reaktionen Mörder werden freigesprochen, reaktionäre Ehrabschneider mit lächerlichen Geldstrafen belegt, jedes Verbrechen gegen die Arbeiter gut gehehen. Die Justiz ist durch die reaktionäre Gesinnung zahlreicher Richter und ihre Unabsehbarkeit zum ärgsten Schandfleck Preußens geworden. Wir fordern wirkliche Volksgerichte und als ersten Schritt zu ihrer Verwirklichung freie Wahl der Schöffen und Geschworenen durch das ganze Volk.

Die Sozialdemokratie will auch die soziale Gerechtigkeit.

Nur Gemeinwohl kann das verarmte Preußenland retten. Alle bürgerlichen Parteien predigen, die Wirtschaft könne sich nur erholen durch die Entseffnung des Egoismus. Dieses Recht auf brutales Eigennutz gesehen sie freilich nur den Kapitalisten und Großgrundbesitzern zu; den Arbeitern, Angestellten und Beamten wollen sie durch Schlichtungsordnungen und Streikverbote die Geltendmachung ihrer Interessen verwehren.

Wehe dem Lande, wenn einmal Bergarbeiter, Eisenbahner und Landarbeiter das Recht auf „gefunden“ Egoismus auch für sich geltend machen wollten!

Nur Gemeinwohl und Gemeinwirtschaft kann das Elend überwinden und allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein eröffnen.

Die preussische Sozialdemokratie hat stets dahin gewirkt, Preußen einheitlich in der einen unteilbaren deutschen Republik aufgehen zu lassen. Jetzt schreit die gesamte Reaktion: Preußen in Gefahr! In der Landesversammlung hat der Führer der Deutschen Volkspartei ausdrücklich festgestellt, daß die Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Minister in der Bekämpfung von Absonderungs- und Loslösungsbestrebungen ihre volle Schuldigkeit getan haben.

Die sozialdemokratischen Minister in Preußen haben keine Mißwirtschaft getrieben, sondern ernste und gute Arbeit für das Volk geleistet. Der Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Otto Braun wird von der Reaktion erblindet bekämpft: er sei Minister gegen die Landwirtschaft und für die Landarbeiter. Minister gegen die Landwirtschaft ist Braun nicht gewesen. Deutschnationale und volksparteiliche Abgeordnete haben in der Landesversammlung selbst anerkennen müssen, daß er für die Steigerung und für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere durch Versorgung mit Düngemitteln, Müstergütern geleistet hat. Aber

Minister für die Landarbeiter

ist Braun allerdings gewesen, und selbst die radikalen Sprecher auf der äußersten Linken haben seine Leistungen anerkennen müssen. — Unser Innenminister Genosse Severing hat seine Zukertruppenpolitik getrieben oder geduldet; aber er hat das Monopol der Junker in der preussischen Verwaltung gebrochen, er ist der Bewaffnung der Agrarier entgegengewirkt und hat die Republik gegen alle ihre Feinde verteidigt. — Unser Kultusminister Genosse Haenisch hat innerhalb der engen Grenzen des Reichsrechts und der elenden Finanzlage die Forderungen der Lehrer erfüllt, die geistliche Schulaufsicht beseitigt, Lehrer- und Elterneräte geschaffen, Volkshochschulen, Arbeiterakademien, volkswirtschaftliche Mittelschulen und gewerkschaftliche Hochschulkurse ins Leben gerufen. Unter sorgfältigster Schonung aller religiösen Empfindungen hat er den Eltern die volle Freiheit gegeben, über die religiöse Erziehung ihrer Kinder auch in der Schule selbst zu bestimmen. — Unser Finanzminister Cudemann hat mit Unterstützung der Fraktion alle Sorgfalt aufgewendet, Preußens Finanzen in Ordnung zu halten. Aber die bürgerlichen Parteien haben sämtliche Steuervorlagen sabotiert und abgelehnt.

Die Steuerhau der Reichen hat bisher in Preußen triumphiert. Wer sie brechen will, stimme sozialdemokratisch!

Das unmittelbare Ziel der gesamten Reaktion im Wahlkampf ist die Beseitigung der sozialdemokratischen Minister in Preußen. Der Einfluß der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf die Regierung soll vernichtet, das Junker- und Juristenmonopol in der Verwaltung wieder hergestellt, die alle Ansehlichkeit der Beamten erneuert und alle Last des Staates auf die breiten arbeitenden Massen gewälzt werden.

Im Reich hat die Reaktion das Ziel erreicht.

Seht hin, ob sie auch nur ein einziges ihrer Versprechen wahr gemacht hat! Hat sie den Druck der Sieger vermindert, die Lebenshaltung verbessert, der Wohnungsnot abgeholfen, die Geldentwertung beendet und das Drucken von Papiergeld eingestellt? Hat sie die Fehlbeträge der Staatsverwaltungen vermindert? Von allem das gerade Gegenteil! Fast nicht wieder wie am 6. Juni auf die lächerlichen Versprechungen von reaktionären und radikalen Phantasten herein! Haltet fest an der Ueberzeugung, daß nur planmäßige, demokratische und sozialistische Arbeit des Volkes Schicksal glücklicher zu gestalten vermag.

So spannt denn gegenüber dem wütenden Ansturm der Gegner im Wahlkampfe alle Kraft an! Jede Stimme, die nicht abgegeben wird, kommt der Reaktion zugute.

In des Volkes Hand liegt sein Schicksal.

Zeigt Euch reif zur rechten Ausnutzung Eurer großen, demokratischen Rechte. Mit altem Kampfesmut und altem Opferwilligkeit vorwärts für unsere alten, ewig jungen und ewig schönen Ziele der vollen politischen und wirtschaftlichen Befreiung der ganzen Menschheit!

Vorwärts zu neuen Siegen für die Sozialdemokratie!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Die sozialdemokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung.

Den Klippen entgegen!

Unter den 116 Abgeordneten, die am letzten Mittwoch für die Vertagung der Interpellationen, also für die Regierung Vergues stimmten, befand sich — Aristide Briand. Nichts kennzeichnet besser den Kompromißcharakter der neuen Regierung, als dieses kleine, auch von der französischen Presse nicht beachtete Detail. Es zeigt namentlich, daß man in Vergues weniger eine bestimmte Politik, als eine bestimmte Person treffen wollte, und daß man mit der Person Briands einverstanden ist, obgleich er die Politik Vergues billigt und vermutlich in ihren großen Linien fortsetzen wird. Wäre dies nicht der Fall, dann wäre sogleich nach der Ernennung Briands durch den Präsidenten der Republik der Ruf nach verfassungswidriger Mißachtung des Volkswillens ertönt.

Unmehrin, bei allem Ansehen, das Briand in fast allen Lagern des Parlaments besitzt, und bei allen Konzessionen, die er den einzelnen Gruppen und Strömungen bereits in der Wahl seiner Mitarbeiter gemacht hat, wird es der ganzen kontinuierlichen Geschichtlichkeit der „Sirene“, wie man Briand wegen der zauberhaften Wirkung seiner wunderbar tiefen und schmieglamen Stimme getauft hat, bedürfen, um sich längere Zeit zu halten.

Der ehrgeizige Poincaré dürfte seine planmäßige Ausschaltung nicht so leicht verschmerzen, und er wird als Außenstehender in der russischen gefährlichen Intrigen spinnen können. Auf der anderen Seite aber bleibt eine kompakte Masse von Sozialistisch-Radikalen unter Führung von Herriot, die zwar im allgemeinen Briand nahesteht und einer besonnenen Friedenspolitik zuneigt, in gewissen Fragen aber sich ganz unachgiebig zeigt, und es deshalb abgelehnt hat, Persönlichkeiten aus ihrer Mitte in das neue Ministerium zu entsenden: Das gilt vor allem für die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan. Briand, der einst den Bruch mit Rom ausführte, hat selbst, wenn auch mit gewissen Reserven, für die Wiederaufnahme gestimmt und seine sämtlichen jetzigen Ministerkollegen, wie in einem Pariser Telegramm ausdrücklich hervorgehoben wurde, ebenfalls. Doch zeigt sich im Senat ein wachsender Widerstand gegen diese Annäherungspolitik an den päpstlichen Stuhl — der zuständige Senatsauschuß hat noch kürzlich gegen den Antrag Vergues denselben Gegenstand von seiner Tagesordnung abgesetzt —, und es wäre durchaus möglich, daß Briand nach einigen Wochen darüber stolperte.

Pariser Telegramme vom Montag nachmittag behaupten, auch in den Reihen der „Demokratischen Vereinigung“, dem Kernstück des „Nationalen Blocks“, sei man mit Briand bereits unzufrieden, weil man bei der Verteilung der Ministerportefeuilles zu kurz gekommen sei. Und doch scheint es uns, als ob der neue Ministerpräsident es an Konzessionen an die nationalistische Kammermehrheit nicht hat fehlen lassen: Barthou, als Kriegsminister, soll eine Art Vésaire-Erbschaft sein und wir können uns in Sachen der Abrüstung auf drohende Not gefaßt machen. Auf diesem Gebiete müssen wir in der Tat mit einem noch schärferen Kurs als bisher rechnen. Die deutsche Regierung wird gut tun, ihre Politik auf diese Möglichkeit einzustellen und eine Wiederholung derjenigen Fehler zu vermeiden, die sie in der Frage der Selbstschutzorganisationen in den letzten Wochen bereits begangen hat. Es steht heutzutage für das gesamte deutsche Volk wahrhaftig mehr auf dem Spiele, als das Prestige der Leute um Escherich und Kahr.

Wer mitten in den schicksalsschweren Verhandlungen in Brüssel und Paris, in denen über die Wiedergutmachungssumme entschieden wird, unnötige Waffen in die

Hände der Nationalisten auf der Gegenseite spielt, veründigt sich am deutschen Volke.

Der andere schwarze Punkt im Ministerium Briand heißt Voucheur, wenn auch gewisse geschäftsgierige Kreise, auch in Deutschland, in diesem Manne ganz im Gegenteil einen Lichtblick sehen wollen. Die von ihnen gerühmte Vorurteilslosigkeit des neuen Ministers für die befreiten Gebiete soll uns nicht vergessen lassen, daß er der Mann war, der nach Spa Sturm gegen den zu nachgiebigen Millerand lief. Deutsch-französische Zusammenarbeit ist auch unser Wunsch und unser Ziel; es fragt sich nur, in welcher Form sie vor sich geht. Soll sie nur einigen wenigen Großunternehmern dieses und jenseits der deutschen Grenze frommen, unter dem Motto „le boche paiera“, dann müssen wir diese Art von „Annäherung“ entschieden ablehnen und wissen uns hierin mit den Sozialisten und Gewerkschaftlern Frankreichs vollkommen eins.

Indessen, zu übertriebenem Pessimismus ist noch kein Anlaß. Vielleicht wird gerade Briand derjenige Staatsmann sein, der endlich den kapitalen Fehler der bisherigen französischen Regierungen Deutschland gegenüber erkennen und vermeiden wird: vielleicht wird er trotz des teilweise reaktionären Anstriches seines Kabinetts jene vom „Temps“ anempfohlene Politik verfolgen, die die Stärkung der republikanischen Parteien in Deutschland und nicht ihre Schwächung zur Folge hat. Wir wollen bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß in der Kammer Sitzung vom 18. Mai 1920 Briand mit einer Achtung von der deutschen Generalkampfbewegung zum Sturze der Kapp-Rebellen sprach, die darauf schließen läßt, daß ihm das Verständnis für die ideellen und materiellen Kräfte, die in der deutschen Arbeiterklasse vorhanden sind, nicht fehlt. Er sagte damals, gegen den Royalisten Léon Daudet scharf polemisierend, nach dem stenographischen Sitzungsbericht u. a. folgendes:

„Dieses unwiderstehliche Mittel, Herr Daudet, ist jenen in einem Nachbarland angewandt worden . . .“

de Magallon (Royalist): Das ist nicht die Frage.

Briand: Doch, mein Herr!

. . . in einem Nachbarlande, wo einige Söldner gehofft hatten, an der Spitze einer Armee Freiheitskämpfer zu zetteln. (Beifall auf der äußersten Linken und auf einem Teil der Linken. Lärms rechts.)

Léon Daudet (Royalist): Oh!

Paul Doucour (Socialist): Wir werden vielleicht eines Tages gezwungen sein, das gleiche gegen Sie (sich an die Rechte wendend) zu unternehmen.

Briand: Es hat sich eine Regierung gefunden, um an die Arbeiterorganisationen zu appellieren, welche, indem sie ihre Streitkräfte in den Dienst der öffentlichen Freiheit stellen, es erreichten, daß die Diktatoren sich gezwungen sahen, ihre Pläne fallen zu lassen.“

Die deutschen Freiheitskämpfer werden aber durch eine militaristische Gewaltpolitik der Sieger, wie sie sicherlich Poincaré, vielleicht aber auch Barthou vorschwebt, indirekt ebenso sehr bedroht, wie durch die reaktionären Parteien in Deutschland. Wenn Aristide Briand, der stets ein kluger Kopf war, auch dies begreift und seine Politik Deutschland gegenüber danach einstellt, dann ist es im Interesse der friedlichen Genesung Europas zu wünschen, daß er alle Klippen in der Kammer und im Senat siegreich überwindet.

Regierungserklärung heute nachmittag.

In einem gestern vormittag abgehaltenen Ministerrat wurden die Unterstaatssekretäre ernannt, darunter der elbische Radikale Dr. Frey, ferner wurde die Regierungserklärung entworfen, die am heutigen Vormittag endgültig festgelegt und bereits am Nachmittag in der Kammer und im Senat verlesen wird.

Die Pariser Konferenz am 24. Januar.

Paris, 17. Januar. (Havas.) Aus London wird gemeldet: Das Reutersche Bureau wurde amtlich davon in Kenntnis gesetzt, daß Lloyd George der Zukunft der alliierten Ministerpräsidenten beizuhören wird, die in Paris am 24. Januar stattfinden wird. Gestern antwortete die französische Regierung, daß sie einwilligt, daß die Zusammenkunft am 24. Januar stattfinden. Sie wird höchstwahrscheinlich drei oder vier Tage dauern. Es ist nicht sicher, daß der italienische und der belgische Ministerpräsident auf ihr vertreten sein werden. Auf alle Fälle wurde beschlossen, daß die Minister des Reiches Italiens und Belgiens, Graf Sforza und Tsjpar daran teilnehmen.

Frankreichs Vertreter.

Paris, 17. Januar. (W.T.B.) Nach einer Meldung des „Intransigent“ werden an den bevorstehenden Besprechungen des Obersten Rates für Frankreich Briand, Voucheur, Doumer und Berthelot teilnehmen.

Massenmord in Oberschlesien.

Myslowitz, 17. Januar. Am Sonntag nachmittag erschossen bei dem Fleischhacker Kasinski in Karlsleg bei Birkenfeld 15 bis 20 Banditen. Sie umstellten die Wohnung. Sechs davon drangen in die Wohnung des Kasinski ein. Mit Handgranaten und Armeepistolen richteten die Banditen in der Wohnung große Verwüstungen an. Kasinski wurde erschossen. Ein Beamter der Apol, namens Ogorel, der mit anderen Beamten zu Hilfe geeilt war, wurde ebenfalls erschossen, des weiteren drei Zivilpersonen, ferner eine Frau, Mutter von sechs Kindern. Drei Zivilisten wurden so schwer verletzt, daß sie wohl schwerlich mit dem Leben davonkommen dürften. Die Regierung hat 15 000 M. Belohnung für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Deutsche Proteste.

Deutschland hat erstens gegen die Ausweisung Gotheins beim Interalliierten Viebzittkommisariat Einspruch erhoben. Ferner hat die Reichsregierung sowohl in Warschau wie auch bei der Vorkonferenz in Paris dagegen protestiert, daß die polnische Regierung diejenigen Abstammungsberechtigten, die in Reupolen (Posen, Westpreußen) wohnen und verdächtig sind, für Deutschland stimmen zu wollen, an der Ausreise verhindert, was im Widerspruch zum Versailler Vertrag steht, monach sowohl Deutschland wie Polen gehalten sind, den Abstammungsberechtigten die Ausübung ihres Wahlrechts zu gewährleisten.

Spaltung in Norwegen.

Christiania, 17. Januar. (W.T.B.) Der gestern beschlossene Landeskonferenz der sozialdemokratischen Oppositionsgruppe, eine neue sozialdemokratische Partei zu bilden, bedeutet, daß die norwegischen Kommunisten ihre Macht verlieren. Die Anhänger Moskaus hatten seit zwei Jahren die Führung der alten norwegischen sozialdemokratischen Partei, trotzdem sie in der Minorität waren. Die bekanntesten norwegischen Sozialistenführer haben sich der neuen Partei angeschlossen.

Tschitscherins Antwort an Curzon.

Tschitscherin hat an Curzon zwei scharfe Antwortnoten in Sachen der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Russland und England gerichtet, in denen er den Vorwurf, daß Russland Obstruktion treibe, energisch zurückweist und diesen Vorwurf seinerseits in verästelnder Form gegen die englische Politik erhebt. Er verlangt, daß auch politische Verhandlungen, wie sie seinerzeit eingeleitet und durch Anweisung Kamenews abgebrochen wurden, stattfinden.

Die Siegestrunkenen.

Frühjahr 1871.

Vorüber ist der harte Strauß,
Der welche Drache liegt bezwungen,
Und Bismarck-Siegfried kehrt nach Haus
Mit seinem Schwert der Nibelungen;
Stolz blickt auf ihrer Kinder Schar
Germania, die Heldennutter;
Stolz blickt das Denkmolklogar
Auf Döllinger, den Akerluther.
Ihr wähnt euch einig, weil die Pest
Der Knechtschaft sich verallgemeinert,
Weil täglich noch der kleine Rest
Lebender Seelen sich verkleinert;
Ihr wähnt euch einig, weil ein Mann
Darf über Krieg und Frieden schalten
Und euch zur Schlachtdank führen kann
Mit der Parol: das Maul gehalten.
Ach, Einheit ist ein leerer Schall,
Wenn sie nicht Einheit ist im Guten,
Wenn ihr korinthisches Metall
Uns mahnt an Mord und Städtegluten;
Ach, Einheit ist ein tödend Erz,
Wenn sie nur pochend auf Kanonen
Zu reden weiß an unser Herz —
Und klingt es anders von den Thronen? —
Einheit des Rechtes ist kein Schild,
Der uns bewahrt vor Unterdrückung;
Nur wo als Recht das Rechte gilt,
Wird sie zum Segen, zur Beglückung.
Nur diese war's, die wir erstrebt,
Die Einheit, die man auf den Namen
Der Freiheit aus der Taufe hebt;
Doch eure Stamm vom Teufel: Amen!

Georg Herwegh.

Der 18. Januar 1871.

Von R. Gerth-Stabe.

Wie viele andere Fragen, so spaltet auch die Stellung zum 18. Januar das deutsche Volk. Der Monat des Sedan Sieges und des Endes des französischen Kaiserthums bringt die Anfänge zur Errichtung der preussisch-deutschen Kaiserwürde: die Ausweitung des Norddeutschen Bundes durch Anschließ der süddeutschen Staaten. Seit Ende September 1870 verhandelt Baden, schließt sich Anfang Oktober endgültig an. Der Anschluß Hessens und Württembergs folgt im November; er mußte den Bayerns befördern, dessen sich Bismarck bereits am 23. November vergewissert hatte. Am 27. November schreibt er seinen Brief an den kranken bayerischen König. Der König von Bayern sollte an Wilhelm I. schreiben. Der Entwurf dieses Schreibens war von Bismarck gleich beigelegt. Der König sollte darin „argumentieren“, daß die „Konzessionen Bayerns schließlicher Weise nur einem deutschen Kaiser, nicht einem König von Preußen gemacht werden könnten.“ Mit unwesentlichen Änderungen schrieb Ludwig ab; der Brief traf am 3. Dezember in Ber-

linen ein. Luitpold überreichte Wilhelm I. die Gedanken seines Kanzlers in der Abschrift eines Königs. Die königliche Abschrift war; ihr und der „Schloßboten Woche“ Hofstaats bezeugt Bismarck ein „erhebliches“ Verdienst um den Abschluß der „nationalen“ Einigung, bezeichnend für deren Tiefe.

Der Norddeutsche Reichstag beschloß am 9. Dezember die Verfassungsänderung nur redaktioneller Art: „Bundespräsidium“ und „Bund“ werden in der Verfassungsurkunde durch „Kaiser“ und „Reich“ ersetzt. Am 10. Dezember wird vom Reichstag „alleruntertänigst und treuehuldigst“ eine Adresse an den König beschloffen, die am 18. Dezember derselbe Eduard Simon überbrachte, der 1849 Wilhelm Bruder, Friedrich Wilhelm IV., die Kaiserkrone des Frankfurter Parlaments überbrachte. 4 Stimmen Mehrheit waren ihr dürftiger Schmutz. Aber nicht deswegen hatte Friedrich Wilhelm gedankt. „Das Parlament hat keine Krone zu vergeben. Eine Kaiserkrone kann nur auf dem Schlachtfeld errungen werden.“ So hatte Friedrich Wilhelm gesprochen, so handelte man 1870/71.

Der 18. Januar 1871 war nicht der Tag einer großen, politischen Tat. Verfügte ihn zu einer solchen zu erheben, blieben in den Anfängen stehen. Schon die Titelfrage schied die Meinungen. Der Reichstag schied sich zu erweitern, wenn das Problem eines deutschen Einheitsstaates überhaupt erörtert wurde. „Kaiser von Deutschland“ schien territoriale Ansprüche einzuschließen. „König der Deutschen“ hatte man dem Kronprinzen von Preußen eingeblasen, und er war nicht genug zu glauben, daß die Könige von Bayern, Württemberg und Sachsen sich zu Herzögen degradieren ließen. Der Titel blieb also strittig. Der Großherzog von Baden, der das hoch ausbringen sollte, wachte daher nicht, ob er den „Deutschen Kaiser“ oder den „Kaiser von Deutschland“ leben lassen durfte, umging die Schwierigkeit und ließ einfach „Kaiser“ Wilhelm hoch leben. Wilhelm I. war also bezeugt in demselben Augenblick, als man ihn hoch leben ließ. Den Titel „Kaiser von Deutschland“ hatte er nicht durchsetzen können. Das fühlte er, ging daher nach der Feierlichkeit an Bismarck vorüber, um den Generalen hinter Bismarck die Hand zu bieten. Im Spiegelssaal von Versailles drängten sich die Fürsten, Generale, Offiziere. Welt hinten an den Wänden standen einfache Soldaten bei ihren Regimentsabteilungen vom Schlachtfeld: Der Anteil des Volkes, das auf dem Schlachtfeld die Krone hatte erringen müssen.

Auf den einmütigen Ruf der deutschen Fürsten und freien Städte hin“ war die Kaiserwürde angenommen worden. Die Proklamation vom 18. Januar 1871 war „an das Volk“ gerichtet. Vom Volk war darin aber keine Rede. Der Armeebefehl vom selben Tage spricht auch von der Zustimmung aller deutschen Völker; das stimmt nicht; denn Bayerns Volk, soweit es im Landtag überhaupt vertreten war, stimmte erst am 21. Januar 1871 der Annahme der Kaiserkrone zu.

Staatsrechtlich war die Sache am 9. Dezember 1870 mit der Verfassungsänderung im Reichstag erledigt. Der 18. Januar bildete nur die dynastisch-militärische Hochfeier. Eigenartiges Zusammentreffen! Man halte nebeneinander den 9. Dezember und einen anderen gewaltigeren 9., den 9. November 1918. Der 18. Januar sollte durch Fürstentum verdeden, was politisch ungelöst geblieben war; die mangelhafte „Lösung“ der deutschen Frage in klein-deutschem Sinne. Dynastische Rücksichten konnten nur eine klein-deutsche Lösung woffen. Die deutsche Frage war dadurch nicht gelöst. Die deutschen Oesterreicher konnten sich mit dem 18. Januar nicht befreunden, der sie aus einer Gemeinschaft ausschloß, zu der sie als Deutsche gehörten.

Die Feiern des 18. Januar reifen alte Wunden wieder auf, innerhalb des Volkes und auch in den Beziehungen zu Deutschland, dessen Anschluß man erstrebt. Auch wenn man das Trennende betont, das im 18. Januar mit seiner kleindeutschen Lösung der deutschen Frage für jeden Deutschstierreicher liegt? Ist das einheitliche Volk?

Der 9. November 1918 ist, so verlannt er auch werden mag, stets der Anfang zur großdeutschen Lösung der deutschen Frage. Dynastische Bande, die einer großdeutschen Lösung hemmend im Wege standen, stießen in Massen vom Reich und seinen Gliedern. Die Anschließfrage wird nur von denen gelöst werden können, die zum 9. November stehen.

„Das Parlament hat keine Krone zu vergeben. Nur auf dem Schlachtfeld kann sie errungen werden.“ Dies Wort gilt heute. Die Wiedereinsetzung der Fürsten würde das Land in ein Schlachtfeld verwandeln; der Bürgerkrieg würde seine Opfer fordern. Das Volk wird die Krone nicht anbieten, genau so wenig, wie es sich in den Freiheitskriegen trotz freibeitlich-nationaler Begeisterung nach einer Anschließfrage des alten „heiligen römischen Reichs deutscher Nation“ gefehlt hat. Die Mängel und Gebrechen standen ihm noch abschreckend vor Augen.

Musik am Sonntag. Eine rechte Weisestunde bot das 7. Konzert der Volkshöhne, das ausschließlich Männerchören Franz Schuberts gewidmet war. Wie Schubert Vater des deutschen Liedes im allgemeinen ist, so hat er auch den Männergesang insbesondere bereichert und gehoben. In der vollendeten Ausführung des Berliner Lehrergesangsvereins unter der Leitung von Prof. H. Rüdell kamen die Weisheit und Gemütsinnigkeit, die Zartheit und die Romantik Schuberts zu ihrer vollen Geltung. Der Chor verfügt über große Klangfülle und feinste Abstufungen. Die Kraft des 23. Psalmes, die schon geklungenen Melodien des Sanktus gelangen so gut wie die geheimnisvolle Stimmung des Geisterchores, der von Rüdell dem Staatsoperkapelle verständnisvoll begleitet wurde, aber die Naturanacht im Nachtgesang und die zauberhafte (schöne, ganz Russl gewordene „Liebe“. Das „Ständchen“ (eigentlich für Frauenchor geschrieben), worin ein Solo dem Chor gegenübergestellt ist, war ein Meisterstück des Vortrags. Da fand das von den Weiden der Zeit zerrissene Herz Vergessen in seliger Versunkenheit. Schade, daß die kurze Vortragsfolge sich schon so bald erschöpte.

Der Bezirksbildungsausschuß ist seit Jahren bemüht, zu möglichen Breiten weiten Kreisen die herrlichsten Schöpfungen der Tonkünstler in wüßergültigen Konzerten nahezubringen. Einführungsabende suchen das Verständnis zu vertiefen. Hatte das Konzert am ersten Feiertag in der Garnisonkirche hervorragende Werke aller und neuerer Meister für Orchester und gemischten Chor gebracht, so kamen am Sonntag Liszt und Wagner im Saale der Neuen Welt in einer Auswahl des Besten und Charakteristischsten zu Gehör. Das Bläser-Orchester unter Dr. Ungers Leitung entledigte sich in hervorragender künstlerischer Weise seiner Aufgabe, unterstützt von Professor Waldemar Hüsch, der Lizts Klavierkonzert in A-Dur spielte.

Vorträge. Ueber die Kohlenkoffernahrung der Kulturpflanzen. (Vortr. Prof. Bornemann am Mittwoch, 8 Uhr, in der Urania auf Grund eigener Untersuchungen. — Einleitend Relativitätslehre behandelt zwei Vorträge von Prof. Kirchberger im Schüleraal am Dienstag und Freitag, 8 Uhr.

Groß-Berlin Die Mietsteuer.

Neber die Motive und den Inhalt des gegenwärtig dem Reichs-

wirtschafts- und Reichsrat vorliegenden Gesetzentwurfs der Regierung für eine Abgabe zur Aufkostendeckung schreibt Ministerialrat

Träger aus dem Reichsarbeitsministerium, der als Verfasser des Gesetzentwurfs genannt wird, in der demnächst erscheinenden Nr. 4

der „Kommunalen Praxis“ u. a. folgendes: Der Entwurf der Reichsregierung, welcher zurzeit dem vor-

Kundgebung für die Volkshochschule Berlin.

Im Rathaus fand gestern eine Versammlung statt, die für die Volkshochschule Berlin war. Erschienen waren Vertreter der Hörs-

Ueber Aufgabe und Arbeitsweise der Volkshochschule sprach in längerem Vortrag ihr Geschäftsführer Prof. Dr. A. Mera.

Schweres Blut.

14] Roman von Juhani Aho. „Schemelka?“ „Schemelka, der Sohn des Schemelka!“ rief die Alte. „Des Mörders deines Vaters! Der deinen kleinen Bruder

bewegung erfüllt. Kein Gesetz kann auf die Dauer genügen, unter

Öffentl. Wählerversammlungen am heutigen Dienstag, abends 7 Uhr

Neußän: Schulbeh.-Restaurant (Wintergarten), Hohenheide 22 81. Referent Robert Schmidt, M. d. R.

Beamte und Angestellte der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden

in den Kommerzialen, Leltower Straße 1. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Landtagswahlen für die Beamten.

Die Einheitsreviere der Polizei. Um dem Publikum Zeit, Geld und sonstige Unbequemlichkeiten zu ersparen, hat der Minister des Innern angeordnet, daß die

Die Moralität in der Schaubude.

Wegen öffentlicher Beleidigung hatte sich die Schaubuden-

hof zu verantworten. Bekanntlich erregte feinerzeit der Tod der Kinder des Oberwachmeisters Hedlau, die in einer

Für Sozialisierung des Wohnungswesens.

Die Ortsgruppe Neußän des Mieterverbandes Groß-Berlin hielt am Sonntag ihre Generalversammlung ab. Der große Saal von Ribem in der Hohenheide war dicht gefüllt.

Ein gemeingefährliches Gaunerpaar,

welches mehrere Monate hindurch der Schrecken der Hotels und Pensionate gewesen ist, wurde gestern von der 5. Strafkammer des

bei dem Anjang des Gefalles empor. Es ist umsonst! Er rannte aber doch vorwärts, so schnell er auf dem geröll-

„Man sollte meinen, es müßte nicht leicht gewesen sein, einen so großen Menschen mit Gewalt ins Boot zu kriegen.“

Wirtschaft

Die Mark steigt weiter.

Die Preise für ausländische Zahlungsmittel gingen an der Berliner Börse auch gestern erheblich zurück. Der Dollar war für 62,43 M. kassisch, ein Kurs, wie er seit Oktober vorigen Jahres nicht mehr erreicht worden war. Bedeutsam gestaltete sich die Kursbewegung auch bei den übrigen fremden Währungen. Es folgten, verglichen mit dem Friedensumrechnungskurs und den letzten Notierungen:

Währung	1919	1. Jan.	12. Jan.	15. Jan.	17. Jan.	
100 belg. Gulden	170.—	4200.—	2822,65	2267,70	2202,75	2047,05
100 Schwed. Kr.	80.—	1800.—	1183,85	1068,60	1043,85	975.—
1 Dollar	4,20	103,25	74,42	68,18	66,65	62,43
100 österr. Kr.	—	—	—	—	—	—
absteigend	85.—	89,50	17,08	14,78	11,73	11,48
100 tschech. Kr.	85.—	104.—	51,77	51,45	51,02	50,52

Die anhaltende Vetterung des Marktes ist darauf zurückzuführen, daß die Länder mit hohem Währungsstand, die außerordentlich unter den Abfahrtsverhältnissen zu leiden haben, zu langfristigen Krediten an die deutschen Abnehmer geneigter sind als früher. Obwohl der Umfang der geplanten Kreditmaßnahmen noch nicht bekannt ist und man auch noch nicht weiß, in welchem Maße sie Deutschland zugute kommen werden, genügt diese Tatsache schon, um die Mark im Werte steigen zu lassen. Es laufen ja so große Mengen deutscher Markwerte im Ausland um, daß der geringste Anstoß genügt, um ihre Zahlungskraft im Ausland stark zu verbessern oder zu verschlechtern.

Einen katastrophalen Sturz hat die polnische Währung durchgemacht. 100 polnische Mark kann man seit dem letzten Sonnabend mit 7 1/2 deutsche Mark kaufen! Dieser Zusammenbruch der polnischen Währung, der die polnische Mark noch weit unter die österreichische Krone hat sinken lassen, wird manchem Bankmännchen vor der oberösterreichischen Abstimmung die Augen öffnen, wie es um Polens Finanzwirtschaft und um den Wert polnischer Wertpapiere tatsächlich steht.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft zu den Kartoffelpreisen.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft hat in seiner letzten Monatsversammlung unter Vorsitz Peter Grafmanns mit der Preisgestaltung auf dem Kartoffelmarkt. Von verschiedenen Seiten, besonders der Arbeitnehmer, ist darüber Klage geführt worden, daß die seinerzeit mit den landwirtschaftlichen Organisationen vereinbarten Kartoffelpreise in letzter Zeit vielfach nicht eingehalten worden seien, und der Einfluß der landwirtschaftlichen Organisationsführer es nicht vermocht habe, solche Preisüberschreitungen zu verhindern.

Nach eingehender Aussprache gelangte folgende Entscheidung zur Annahme:

Der am 13. Januar tagende Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft hat sich in eingehenden Verhandlungen mit der Frage der Kartoffelpreise befaßt. Der Vorstand stellt an die deutsche Landwirtschaft das Verlangen, die Preise für ihre Produkte, insbesondere für Kartoffeln, soweit herabzusetzen, wie dies mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der landwirtschaftlichen Betriebsführung möglich ist, um damit die Ernährungsmöglichkeit der Arbeiter und Angestellten zu erleichtern und zur Besehung der Notlage der deutschen Bevölkerung das ihrige beizutragen.

Dem Zentralvorstand lag ferner der Entwurf einer Verordnung über die Beschäftigung ausländischer Arbeiter zur Begutachtung vor. Der sozialpolitische Ausschuß der Zentralarbeitsgemeinschaft hatte sich bereits hiermit befaßt, indessen ein Bedürfnis für den Erlass der Verordnung nicht anerkannt. Der Zentralvorstand schloß sich dieser Auffassung an. Ferner beschäftigte sich der Zentralvorstand mit der vom Reichsarbeitsministerium ausgegangenen Anregung der Festsetzung von Richtlinien für die Sitzungszeit der Betriebsräte. Der Vorstand wurde als praktisch und durchführbar bezeichnet. — Die vom Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe beschlossene Errichtung besonderer Wirtschaftsschulen zur Heranbildung von Arbeitern und Angestellten für die berufsmäßige Verwaltung sozialer und wirtschaftlicher Angelegenheiten konnte schon aus finanziellen Gründen die Unterstützung des Vorstandes nicht finden.

Mineralölgewinnung in Deutschland. Die Versuche, aus Bosphorien-Schiefer, der in Württemberg gefunden wird, Mineralöl zu gewinnen, haben bisher ein gutes Ergebnis gezeigt, so daß jetzt im größeren Umfang an die Erzeugung herangegangen werden soll. Bisher wurden die Versuche unternommen von den Juro-Deutsche-Werke A.G., die mit 16 Millionen Aktienkapital im Juni v. J. unter Beteiligung der Mineralöl-Raffinerie Jeller und Gmelin in Göttingen, des Saawerkes Heilbronn und des Württembergischen Staates gegründet worden waren. Zur Erhöhung der Ausbeute ist die Gründung einer großen Aktiengesellschaft geplant unter Führung der Deutschen Petroleum A.G., der Deutschen Bank und einiger ihrer nahestehenden Gesellschaften.

Fachenerwerb der Firma Krupp. Die Konzentrationsbewegung im Westen schreitet weiter fort. Zwischen der Friedrich-Krupp-A.G. und dem Grubenvorstand der Gewerkschaft „Vereinigte Konstantin der Große“ sind Verhandlungen zum Abschluß gekommen, die für eine lange Reihe von Jahren eine Interessen- und Betriebsgemeinschaft vorsehen. Krupp erweitert damit entsprechend seiner Leistungsfähigkeit in Kohlen und Stählen seine Kohlengrundlage durch den Erwerb von Kohlenfeldern, die an den bisherigen Kruppischen Besitz der Rechen Hannover und Hannibal stoßen und so einen erleichterten Abbau ermöglichen.

Abschlüsse. Die Wanderer-Fahrradwerke vormals Winkhofer u. Jandke A.G. in Schöna bei Chemnitz schlossen an einem Reingewinn, der trotz erheblicher Rücklagen noch fast dreimal so groß ist wie im Vorjahr, 35 Proz. als Dividende vor. Diesen Prozentsatz hat das Werk nur einmal vorher, in dem letzten Kriegsjahr 1917/18 erreicht. Der Umsatz betrug das Zehnfache des Aktienkapitals. — 150 Proz. spenden die Weith-Werke Sandbach in Form von Gratisaktien, Dividenden und Bonus ihren Aktionären; es ist ein selbst in dieser Zeit strapaziöser Dividenden-schleuderei vereinzelter Fall, daß in einem Jahr das Eineinhalbfache des Aktienkapitals offen ausgeschüttet wird! Das Werk fabriziert Automobile, Fahrradreifen und ähnliche Artikel. — Die Kärntnerberger Herkuleswerke A.G. in Kärnten erhöhen ihre Dividende von 16 auf den von ihr bisher nicht erreichten Satz von 20 Proz. — Die Frankonia A.G. in Weierfeld i. Sa. bringen es in diesem Jahre auf 30 Proz. Ausschüttungen, gleichfalls den höchsten bisher von ihr erreichten Satz. — Die Norddeutschen Eiswerke A.G. in Berlin erhöhen ihre Dividende von 14 Proz. im Vorjahr auf 20 Proz. und verschenken dazu weitere 40 Proz. als Einzahlung auf neue Aktien, so daß tatsächlich ein Gewinn von 60 Proz. zur Ausschüttung kommt. — Die Vereinigte Eisenhütten und Maschinenbau A.G. in Barmen verdoppelt ihre Ausschüttungen auf 30 Proz. (20 Proz. Dividende und 10 Proz. Bonus.)

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma Wess Söhne, Chemnitz, 200, hat, wie sie mitteilt, die Preise während des Wintermonats nicht herabgesetzt. Wir empfehlen auf das höchste zu bestehen.

Die Versammlung des 12. Bezirks hat nun auch die auf städtische Bezirksversammlungen Berlins losgelassenen Anträge der Kommunisten hinter sich. Wie im allgemeinen im Berliner Westen die Parteikämpfe in milderer Form ausgetragen werden, so ging auch die Beratung dieser Anträge bei sehr schwach besetzter Tribüne (Parteilanhänger der Antragsteller waren überhaupt nicht vertreten) völlig leibhaftig und sachlich vor sich. Die verschiedenen Redner waren der Ansicht, daß die Bezirksversammlung zur Beschlußfassung nicht zuständig sei, und deshalb wurden die Anträge abgelehnt. Vorher wurde die Geschäftsordnung beraten und der vorgelegte Entwurf mit einigen Änderungen angenommen. Ferner wurde der bisherige Wahlauschuß für das neue Jahr wiedergewählt und als regelmäßiger Sitzungstag der Bezirksversammlung der Montag festgelegt.

Siedlungsarbeiten auf dem Tempelhofer Felde. Die Gemeinnützige Tempelhoferfeld-Helmstätten-Gesellschaft hat nunmehr den 930 000 Quadratmeter großen südlichen Teil des Tempelhofer Feldes von der Gemeinde Berlin-Tempelhof erworben. Mit dem Bau der ersten Häuser wird im Frühjahr d. J. begonnen werden. Es wird der Versuch gemacht werden, neben den kleinen Einfamilienhäusern, die zuerst in Angriff genommen werden sollen, zur Steuerung der Wohnungsnot einige größere Einfamilienhäuser mit 5-7 Zimmern auf vorbereitete Bestimmung herzustellen. Jedes Haus erhält einen etwa 300 Quadratmeter großen Garten. (Siehe heutiges Inserat.)

Wanderungen durch das alte Berlin sind mehr und mehr in Aufnahme gekommen. Auch bei Jugendlichen finden diese beschreibenden Spaziergänge durch die an Baudenkmälern keineswegs so arme Altstadt vielen Beifall. Rechten Gewinn können sie aber nur bringen, wenn sie unter sachkundiger Führung veranstaltet werden. Dr. Hans Brandtke, Hauptgeschäftswort des Vereins für die Geschichte Berlins und jetzt sein Ehrenmitglied, hat seit etwa zehn Jahren durch solche Veranstaltungen sich um die Verbreitung der Kenntnis des alten Berlin bemüht. Sein gedruckter Führer auf der Wanderung durch „Alte Berlin“ (Wittler u. Sohn, Berlin, 5 M.) ist zum 70. Geburtstag des Verfassers in 7. Auflage erschienen. Er wird allen willkommen sein, die auf eigene Faust die stillen Winkel des alten Berlin durchstreifen wollen. Das 32 Seiten starke Heft, das mit 22 Abbildungen geschmückt ist, bringt in knapper Darstellung eine Fülle ortsgeschichtlicher und kunsthistorischer Angaben.

Von einem Krankenauto losgefahren. Der 15jährige Hermann Tell aus Reinickendorf wurde in der Viktoria-Allee nahe der Segenskirche von einem Krankenautomobil überfahren und schwer verletzt. Man brachte ihn nach dem Krankenhaus in Reinickendorf, wo er aber unter den Händen der Ärzte starb.

In dem Wirtschaftskreis über „Argentinien“ an der Handelshochschule Berlin (Vortrag am Mittwoch, den 19. Januar, Dr. Pannenschmidt, landwirtschaftlicher Sachverständiger für Südamerika beim Generalkonsulat in Buenos-Aires über „Landwirtschaft, einschließlich des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten im allgemeinen, Wolle- und Hauthandel“). Beginn des Vortrags 7 Uhr abends.

Filmschau.

„Die 13 aus Stahl“ (Decca-Lichtspiele, Unter den Linden) sind eine Werkeckeproduktion, wie sie der Film liebt, die allehand und noch einiges auf dem Gewissen haben. Daß ein Detektiv dazu gehört, die Gesellschaft festzustellen und zu verhaften, daß es dabei durch Untunhöflichkeit, verlassene Kellergänge, Gemälde usw. geht, ist gemessen an heutigen Kriminalromanen der Filmkunst selbstverständlich. Nicht selbstverständlich ist die wirklich gute dramatische Aufbau des Geschehens, die vorzügliche Besetzung der Szenen und die hervorragende bildmäßige Darstellung. Alle Filmereffekte sind unauffällige Drollerei. Carl de Vogt, der hier einen verdorbenen, kann nichts dafür. Es liegt an dem schon erwähnten schlechten und verbrauchten Stoffe.

In den Mozartsaal-Lichtspielen kam ein von Dr. Willi Wolff verfaßter Sensationsfilm „10 Millionen Gold“ zur Aufführung. Die Handlung gewappnet sich um die Über, daß ein Amerikaner, nur dem immer geringer werdenden Kohlenvorrat der Erde zu begegnen, eine Erfindung macht, den im Luftstrom vorhandenen Stickstoff in Wärme zu verwandeln. Mit dieser Erfindung kreuzt er die Interessen des großen internationalen Kohlentrustes, dessen Vorsitzender einen erbitterten Kampf um die Vernichtung der neuen Erfindung führt. Am sensationellsten erscheint uns an diesem Film, wie sich im Laufe des Verlaufs die Arbeiterbewegung darstellt. Die in dem Wolfischen Film auftretenden Arbeitermassen haben kein höheres Ideal, als radikal alle Maschinen zu zerstören, um so vom Kapitalismus frei zu werden. Dieser neuen Auffassung des Arbeiters der längst verschwundenem erliegen Epoche der Arbeiterbewegung, bestungete wissen aber die Arbeiter mit den Maschinen etwas Besseres anzufangen, als sie zu demolieren. In den Hauptrollen geben Ellen Richter, Arthur Sonntag und Dr. Peter Esser dem Film Inhalt und Leben. — Sehr lobenswert war die Fortführung eines Naturfilms aus dem winterrichten Gatz und die Verfilmung der Großmutterkation Königsweiserhausen.

„Der Verdacht“. In der Schauburg wurde das Filmdrama „Der Verdacht“ (Der Sender) gezeigt, in dem erstmalig die von Dr. Traube erfundene Ulixon-Farbenphotographie Anwendung fand. Der Regisseur teilte vorweg mit, daß durch dieses Verfahren die teilweise Erfüllung des Wunsches nach Farbe im Film gelungen sei. Das Klang bedeutend und erklärte, was auch nötig war. In „Der Verdacht“ sieht man manche verdienstvolle schaulustige Leistung, manche tüchtige Tat der Regie. Und alles findet durch prächtige Landschaftsbilder eine vortreffliche Unterstützung. Mit der Farbe selbst ist das aber solche Sache. Man wird einzig und allein an isolierte Aufnahmepunkte erinnert und sehr oft noch nicht einmal an gute. Sobald jedoch Bewegung einsetzt, ist die Farbenfremdheit vorbei. Das aber ist eine Unzulänglichkeit, die ganz zu dem ausfällt, denn die Bewegung ist das A und O des Films. Nun ja, dies war ein Versuch, und große Verbesserungen sind nötig, damit die Hoffnungen auf einen vollen Erfolg genährt werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Parteigenossen!

Der bevorstehende Wahlkampf erfordert außerordentliche Mittel. Benutzt unsere Sammelkassen und sendet freiwillige Beiträge zum Wahlfonds an Max Pagels, Bezirksverband Berlin S.P.D., NW. 40, In den Jellen 23, oder auf Postcheckkonto 48 743.

Heute, Dienstag, den 18. Januar:

- 6. Bezirk (Hallerde See). Die Genossen werden ersucht, sich an der öffentlichen Wahlversammlung des 14. Bezirks im Schillerpark (Wintergarten), Hofenstraße zu beteiligen.
- 14. Wkt. 7 Uhr (sehr wichtige Sitzung städtischer Funktionäre).
- 19. Wkt. (Schönberg) 7 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Groß, Sedanstraße 17, wichtige Tagesordnung.
- Januarwahlkassen, Gruppe Schönberg 7 1/2 Uhr bei Schindler, Simonstraße 4, Vortrag über 1. Sozialismus in Frankreich, Reichert Ritter Schiff; 2. Organisierung der Wohnbewohnungen. — Gruppe Tempelhofer 7 1/2 Uhr bei Pufe, Ecke Werber- und Kaiser-Wilhelm-Straße, Vortrag über 1. Die französische Revolution. 2. Organisierung der Wohnbewohnungen. Kein Mitglied darf fehlen.

Die nach nicht angeordneten Adressen der Kollektionenleiter sind zu erhalten beim Genossen Wobbe, Regimentschef, In den Jellen 23 (Kont. 144). Einberufen: Ortskomitee der S.P.D. und U.S.P.D. Öffentliche Versammlung im Reformatoriums Parkhaus, Thema: „Die weibliche Schule“, Referent Dr. Rosenfeld.

Morgen, Mittwoch, den 19. Januar:

- 11. Wkt. 7 1/2 Uhr wichtige Funktionärsversammlung bei Steffens, Randberg Allee 130, Unbefugte Zutritte sind nicht.
- 110. Wkt. (Gesinnung) 7 1/2 Uhr außerordentliche Wahlversammlung bei Werner, Reppendorf Str. 98, Vortrag über die Sozialisierungsfrage.
- 114. Wkt. (Schönberg) 7 1/2 Uhr Funktionärsversammlung bei Schindler, Sedanstraße 17.

13. u. 14. Wkt. Frauenabend Mittwoch, den 19., abends 7 1/2 Uhr bei Frau, Henningsdorfer Str. 10, Vortrag der Genossin Alie. Kandidatinnen-Wahl (Vereinigung der organisierten Hausfrauen) Bezirk Groß-Berlin, Adler-Kommision, Öffentliche Versammlung am 21. Januar 7 Uhr in den Jellen, Kaiser-Wilhelm-Str. 23, Reformhaus.

den Hotels und in den eleganten Pensionaten des Westens ab und verschwand schon nach zwei Tagen. Die Inhaber, wie auch die Gäste maßten dann die unangenehme Entdeckung machen, daß ihnen eine große Anzahl gerade der wertvollsten Sachen abhanden gekommen waren. Die beiden Gauner erbeuteten Perlesteppiche, alte Porzellane, Bronzen, Delgemälde, Brillantringe, Gobelins im Gesamtwerte von circa 800 000 Mark, daneben noch größere Geldbeträge. Das Gericht erkannte gegen Bräumann auf 8 Jahr Gefängnis, gegen Harth auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Unterbringungshaft.

Kein Steuererziehungszettel, sondern öffentliche Aufforderung.

Für den Bereich der neuen Stadtgemeinde Berlin hat der Magistrat angeordnet, daß bei allen laufend zu entrichtenden Steuern an Stelle der Rechnung durch Mahnzettel die öffentliche Aufforderung zur Zahlung erfolgt. Wird dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, so wird ohne weitere Erinnerung zur zwangsweisen Beitreibung geschritten.

Da die Klassen-Einrichtungen in den zur neuen Stadtgemeinde Berlin zusammengeschlossenen Gemeinden noch nicht überall einheitlich gestaltet sind, kann das Verfahren noch nicht in allen Gemeinden gleichmäßig angewendet werden. In den Gemeinden, in denen die Mahnung bisher durch Mahnzettel erfolgte, wird die Einführung der öffentlichen Mahnung durch die örtlichen Bekanntmachungen der Steuerbehörde bekanntgegeben werden. Für den Bereich der alten Stadtgemeinde Berlin wird die öffentliche Mahnung zugleich zur Anwendung kommen.

Prüfungen hochbegabter Schüler.

Es finden demnächst zwei Prüfungen für hochbegabte Schüler und Schülerinnen statt, und zwar a) eine künstlerische und b) eine technische Prüfung zeichnerisch oder handfertig hochbegabter Schülerinnen aller Schulen auch der höheren Lehranstalten, die Eltern 1921 die Schule verlassen und vor der Berufswahl stehen. Die technische Prüfung soll Schüler und in besonderen Fällen auch Schülerinnen umfassen, die neben guter Intelligenz besondere Anlagen zu qualifizierter Handarbeit aufweisen und sich dem Metallgewerbe und verwandten Gebieten widmen wollen. Es ist gestattet, an beiden Prüfungen, der künstlerischen und technischen, teilzunehmen. Bewerbe um Zulassung zu genannten Prüfungen sind umgekehrt durch den Rektor bzw. Direktor der einzelnen Anstalten dem Städtischen Jugendpflegeamt Berlin, Neue Friedrichstraße 79b 80, zu übermitteln.

Der Verleumdungskampf gegen Paulsen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt in einem Bericht vom Sonnabend, den 15. Januar, die Behauptung auf, die Hamburger Bürgererschaft habe den neuen Berliner Oberstadtschulrat Wilhelm Paulsen für eine leitende Stelle in Hamburg als nicht geeignet erachtet, für Berlin solle er nun gut genug sein. Diese Behauptung ist, wie ein Telegramm unseres Hamburger Korrespondenten meldet, glatt erfunden. Die Hamburger Bürgererschaft hat sich bis zur Stunde noch nicht damit zu beschäftigen gehabt, ob Paulsen in eine leitende Stelle berufen werden solle oder nicht. Paulsen wäre in Hamburg ganz fraglos bei Ernennung eines neuen Schulaufsichtsbeamten an diese Stelle berufen worden. Daß der Sozialdemokrat Karl Goetz, der jüngst Hamburger Schulrat geworden ist, und der Demokrat Fritz v. Borstel, der Schulaufsicht geworden ist, Paulsen von der Oberstulbehörde vorgezogen sind, lag lediglich daran, daß man diese beiden um das Hamburger und deutsche Schulleben hochverdienten Männer, die vom alten Regime gefühnlich übergangen wurden, aus Gründen, die lediglich in den hamburgischen Verhältnissen liegen, vor Paulsen befördern mußte. Aber schon bei der Wahl dieser beiden Männer hatte die Oberstulbehörde in Hamburg auch Paulsen für eine leitende Stelle im Hamburger Schuldienst für die alternätsche Zeit vorgesehen.

Der „Gemeinsame Arbeitsausschuß der demokratischen und sozialistischen Elternräte an höheren Schulen Groß-Berlins“ vertritt sich in einer Entschärfung nachdrücklich dagegen, daß eine Verleumdung, die sich „Freie Arbeitsgemeinschaft der Elternräte“ nennt und die schon öfter mit reaktionären Erklärungen an die Öffentlichkeit trat, einen irreführenden Protest zur Wahl Paulsens zum Stadtschulrat an die Zeitungen versendet. Die „Freie Arbeitsgemeinschaft“ sei nicht legitimiert, sich als die Vertretung der Elternräte an höheren Schulen aufzuspielen; sie schwimme, wie ihre gedruckten Richtlinien beweisen, völlig im Fahrwasser der Deutschnationalen Partei, und ihren monarchistischen, fortschrittfeindlichen, antisemitischen Charakter verberge sie kaum noch vor ihren Mitläufern. Der „Gemeinsame Arbeitsausschuß der demokratischen und sozialistischen Elternräte“ stellt fest, daß er sich diesem Protest gegen Paulsen nicht anschließt, der unbestreitbar Sachmann ist, dem Religionsfeindlichkeit einfach unterstellt wird und dessen parteipolitische Wahl die reaktionäre Arbeitsgemeinschaft bekämpft, weil sie keinen deutschnationalen Vertrauensmann ergab.

Gewerkschaft eines Liebespaars. Der Bäcker Streigang und seine Geliebte, eine Frau Lina Krause, wurden gestern in ihrer gemeinsamen Wohnung im Hause Reue Königl. 18 befehlungslos aufgefunden. Wiederbelebungsversuche hatten nur noch bei S. Ersoß, Frau Krause war bereits tot. Streigang fand im Krankenhaus Am Friedrichshain Aufnahme. Ob ein Unfall oder Lebensmüdigkeit vorliegen, konnte bisher nicht ermittelt werden, da S. noch nicht vernunftfähig ist.

Die Milchlieferung findet vom heutigen Dienstag bis einschließlich Donnerstag, den 20. Januar, wie folgt statt: Am 18. Januar erhalten die 1/2-Liter-Krankenkarten keine Milch. Am 19. Januar nur 1/2 Liter Preismilch. Als Ersatz wird am 18. Januar eine Büchse amerikanische Kondensmilch, ungezuckert, zum Preise von 0,66 M. versandt. Am 19. Januar erhalten die 1/2-Liter-Krankenkarten 1/2 Liter Preismilch. Am 20. und 21. Januar werden die 1/2-Liter-Krankenkarten voll beliefert. Am 20. Januar erhalten sie keine Milch. Als Ersatz wird am 20. Januar rückwirkend eine Büchse ausländische Kondensmilch, gezuckert, zum Preise von 0,75 M. versandt. Die CI- und III-Kinderkarten werden am 19. und 20. Januar nach Belieferungsliste I bedient, d. h. sie erhalten 1/2 Liter Preismilch.

Von den Angestellten der Viktoria geht uns folgende Warnung an die Versicherten der Viktoria zu: Unwahre Gerüchte veranlassen viele Versicherte zur vorsichtigen Auflösung ihrer Versicherungen. Tag für Tag finden Anstürme auf die Kassen der Volksversicherung statt. Den Schaden davon haben die Versicherten selbst! Denn bei vorsichtiger Auflösung von Versicherungen kann naturgemäß nur ein Bruchteil des eingezahlten Geldes zurückgezahlt werden. Ueberdies hat das Geld, das die Versicherten heute erhalten, doch ungefähr ein Zehntel der Kaufkraft des Betrages, der in langen Jahren eingezahlt wurde. Der Wert der Versicherung liegt im Inneren der vertragsgemäßen Versicherungsdauer. Daß die Viktoria-Versicherung zahlungsunfähig wird, ist allein schon durch die gelehrt vorgeschriebene Art, wie die Versicherungsgesellschaften ihre Gelder anlegen müssen, völlig ausgeschlossen! Eine tiefgreifende Folge der zurzeit in großem Maßstabe vorgenommenen vorsichtigen Auflösungen von Versicherungen ist nicht allein, daß die Angestellten augenblicklich bis zur Erschöpfung angestrengt werden. In Kürze wird vermuthlich infolge der geringeren Verwaltungsverarbeit ein großer Teil der Angestellten wegen Arbeitsmangel auf der Straße liegen und das gewaltige Heer der Arbeitslosen vermehren. So hat keiner Nutzen aus der Kapitalismus, der den Gewinn einstreicht! Darum, Volksversicherte, laßt eure Versicherungen bestehen und nehmt die Beitragszahlung wieder auf. Alle Geschäftsstellen der Viktoria nehmen Zahlungen an; auch erteilen alle Angestellten der Viktoria bereitwillig Auskunft.

Die Direktion der Städtischen Elektrizitätswerke hat den Wunsch geäußert, alsbald beurlaubt zu werden. Der Magistrat hat beschloßen, diesem Wunsch Rechnung zu tragen.

Inventur-Ausverkauf

Wir bringen derartig billige Preise, dass man überall davon sprechen wird denn wir verkaufen ohne Beachtung des wirklichen Wertes rücksichtslos billig.

unsere Schaufenster zeigen die enormen Vorteile die nur wir mit unserem Fabrikat bieten können.

Dorndorf

Friedrichstr. 65.

Tauentzienstr. 16

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Meistersinger von Nürnberg
5 Uhr

Schauspielhaus
(Auser Abonnement)
Peer Gynt
6 1/2 Uhr

Deutsches Theater
7 Uhr: Der lebende Leichnam
Mittw. & César u. Klytemnestra

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: D. deutschen Kleinmeister
Mittw. & César u. Klytemnestra
Der Abenteuerer und die Sängerin

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7: Danton (Gesell. Vorstell.)
Mw. 7: Fior. Geyer (18. Ab. 3. A.)

Theater i. d. Königsgrätzer Str.
Täglich 8 Uhr:
8 Uhr: Salome
(Orska, Hartau, Veld)
Sonntag nachm.: Rausch

Komödienhaus
Täglich 1/2 8 Uhr: Die Sache mit Lola
mit Max Pallenberg
Josefine Dora, Ott. Wagner,
Picha, Bohmer, Stieda, Kiper
Sonnt. nachm.: Herr Minister

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die spanische Nachtigall
Operette von Leo Fall
mit

Fritzi Massary
Hans Wassmann, Emmy Sturm,
Julius Brandt,
Reinhold Pasch, Olga Engl

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Frau Bärbel (Operette)
Deutsches Opernhaus
8 1/2 Uhr: Siegfried
Friedr.-Wilhelms-Platz

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Zwei russ. Gastspiel
„Der Duft der Sünde“
Kl. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Reigen
Komische Oper

7 1/2 Uhr: Baronechen Sarah
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Arnold Beck in Die schwedische Jungfrau
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Hollandweibchen
Neues Operettentheater

7 1/2 Uhr: Yu-Shi tanzt
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Pension Schüller
Schiller-Theat. Charl.

7 1/2 Uhr: Der Biberpelz
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen
Th. am Nollendorfplatz

7 Uhr: Wenn Liebe erwacht
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Der ersten Liebe gold. Zeit
Th. i. d. Kommandantenstr.

7 1/2 Uhr: Der verjüngte Adolar
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Der Gelger von Lugano

Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Carl Clewing in
Kammermusik
Lustspiel von H. Hagenstein.

Freitag, den 20. Januar, 7 Uhr
zum 1. Male:
Das Wundermittel
Komödie von Ludwig Fulda
Käthe Haack, Julius Falkenstein,
Paul Morgan, Kurt von Möllendorff,
Luise Werckmeister, Alfred Haase

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Johannisfeuer

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 Uhr: Wallensteins Tod

Lessing-Theater
Heute bis Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Flamme
(Dorsch, Hartmann, Klein-Rogge, Fröckel.)

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und
Trude Hesterberg
Sonabend 8 Uhr:
Kinder-Fitzlitz

Residenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady Windermeres Fächer
von Oskar Wilde.
Arnstädt, Sandrock, Mamolot,
Otto, Falkenstein, Tello, Kori

APOLLO
THEATER
Das Publikum filmt
Allabendlich
unter Reg. v. Leo Penkert.
Die m. Theaterbesuch, allabendl.
aufgen. Filme werden stets ab
nächst. Tag den ganz. Monat öft.
vorgeführt.
Wiederaufr.
Kampfstiere
nachdem Störungen L. & P.
Publikum getroffen sind.
Toni Tetzlaff
Leo Connard
in
„Hüte Dich“
4 Uebers.
Pätzold Fam.
Am 7 1/2 Uhr.

Folles Caprice
Heute zum letzten Male:
Neun Monate a dato
Morg. Mittwoch
19. Januar:
Premiere
Der Doppelgänger
Der schlaue Theophil
Pfeffer und Salz
V. 11-2 u. ab. 6 u. 8. Theaterstr.
sowie b. Werth u. in. in. idend.

Schall und Rauch
im Großen Schauspielhaus
Dir. Hans v. Wolzogen.
Telephon: Norden 5643.
Konz. 7 1/2 Uhr, Beginn 8 1/2 Uhr.
Gussy Holl, Paul Graetz,
Joachim Ringelnatz, Wolf
Kilian, Gregor Ratoff,
Joseph Burstein, Annetta
Marie Hass, C. K. Roellingerhof,
Coni. Richard Rillo.
Am 11.02. Mische Spolianski,
Kapelle Landolf.

Königstadt-Theater
Bahnhof Jannowitzbrücke
Tägl. 7.30 Gala-Sänger
im Ballsaal T A N Z

Metropol
KAMMERMUSIK
Behrenstraße 34
Punkt 7 1/2 Uhr
Rieser-Jubil. (25.) Spielpl.
15 Schläger

Thalia-Theater Dresdenstr. 72
Untergrundb.: Insektentheater
Gastspiel: Walter Bromma.

Täglich 7 1/2 Uhr: Der große Operetten-Erfolg
Mascottchen.
Operette in 3 Akten von Danzowitsch und H. Steinberg.
Bucht von
Walter Bromma.

Stärkstoffe:
Hilde Wörner
Johannes Müller Elli Kreith
Emil Birron Fritz Beckmann

Auswachen!
Sonder-Vergünstigung für die Damen des Vorwärts.
Spezial 3 St. Parfett-Joutenil I 12 St.
Ballon 6 St. Rang-Cogen (Seite) 10,-
Parfett 7.50 Orchester-Joutenil 17,-
Parfett-Joutenil 10,-
(einschließlich Ballparfettsteuer)
gültig für 1-6 Personen
vom 18. bis 31. Januar (außer Sonntage).
(Originalität am Tage der Vorstellung ab 1/2 Uhr
an der Theaterkasse.)

Casino-Theater Lochringer Str. 37, Tägl. 7 1/2
u. 8 Uhr: Schlager aller Vorkstücke
Der Fehltritt einer Frau
Vorher: Theaterliebe
Oper. Sketch mit Vikt. Littek
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Eine ideale Ehe.
Volkstümliche Preise.

Circus Susek
Tägl. 7 U., Sonnt. auch 3 U.
Hans Stösch-Sarrasin's
Zirk.-Progr. Fig. Mensch.
Eisbären, Löwen usw.
Gratis Traum (Traumland)
Vorverk. Tiets u. Circusk.

Reichshall-Theater
Abds. 7 1/2 u. u. Sonnt.
nachm. 3 Uhr:
Stettner
Sänger
Nehm. hoch Pr.

SCALA
THEATERSAAL
730
VARIÉTÉ-BÜHNE

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Die roten Schuhe
Morg. 7 1/2 Uhr: Pili in St. Moritz

PHILHARMONIE
Sinfonie-Konzert
des Philharmon. Orchesters
Dirig. Prof. R. Hagei
3. Sinfonie Mendelssohn;
Septett Beethoven
Anfang 8 Uhr, Eintritt 3 M.

Concordia-Palast-Theater
64 Unter den Eichen
Napoleon in die Wälder
I. Teil
Frauen, Halbweibchen
Bühnenstück
Filmfimmel mit G. Coeme

Varieté-Café
Moritzplatz
Oranienstraße 33 34
Täglich 8 Uhr:
Elite-Programm

Café ORIENTS
Variété.
Strausberger Platz, 5 Min. v. Alexanderpl.
Hervorragendes Januar-Programm
SALOMÉ
in ihren Schönheitstänzen!
Elsa Löschon Lydia Rostowska
Ada Rivas Dizas Karl Richard Witt
Franz Tischler-Tischler

Freitag, 28. Januar, 8 1/2 Uhr:
Großer Shrenabend
der berühmten Schönheitstänzerin Salomé
und des beliebten Chansonniers
Karl Richard Witt
Beliebte Hauskapelle Hansel.

Sprachen ohne Lernzwang?

Ja, wohl, es ist endlich gelungen, dieses für jede gebildete und strebende Person hochwichtige Problem zu lösen. Wer gerne die französische und englische Sprache fließend beherrschen möchte, aber zu mehrjährigem, geduldigem Lernen keine Neigung verspürt, vielmehr schnell und mühelos zum Ziele gelangen will, bestelle sofort:

„Fremde Sprachen durch mech. Suggestion“

(von R. Reiter). In diesem einzigartigen Buch, das bezeichnenderweise das größte Kultiviert hat und dessen Nachfrage so lebhaft war, daß es schon wenige Monate nach Erscheinen in 20. Auflage gedruckt werden mußte, ist das neuartige Sprachübertragungs-Verfahren nicht nur bis in das Kleinste beschrieben, sondern auch in einwandfreier Weise wissenschaftlich begründet. Es darf mit keiner Schulgrammatik, keinem Wörterbuch oder etwas Ähnlichem verwechselt werden. Preis RM. 3,00 franko, wenn Vorauszahlung erfolgt. Bei Nachnahme-Sendung 70 Pfg. Zuschlag.

Garantie: Sofortige Rückzahlung

des Betrages, wenn das Buch uns innerhalb 10 Tagen zurückgeschickt wird.

Gesellschaft für Verbreitung zeitgemäßer Sprechmethoden
Kempten (Bayern), Nr. 82

Bon unten auf

Ein neues Buch der Freiheit

Gesammelt und gestaltet von Franz Diederich

Aus dieser umfassenden Sammlung sozialer Dichtungen wählt dem Leserartikler die besten u. Kraft umschließenden, die höchsten Antriebskräfte für den Sozialisten, das auch jeder Vortragende bei Versammlungen benutzen sollte.

Schön in Halbleinen gebunden 25,- RM. und Feuerungsverkauf.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 2

Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108-114
Heute, Dienstag, den 18. Januar
Bayer. Bierfest. Prämierung
der pikantesten Damen-Frisur

Drei bare Geldpreise: 300, 200, 100 Mark.
Anmeldungen bis 9 1/2 Uhr an der Kasse.
Anfang 6 Uhr. 5 Kapellen. 30 bayer. Mad'l

Voranzeige! Donnerstag, den 20. Januar
Prämierung des tiefsten Rückenausschnittes

De-ka

Konditorei Neukölln, Boddinstr. 65
am Rathaus
Intime Musik 1.1 Neu renoviert
Eigene Konditorei.

Residenz-Kasino

Diamantstr. 10, neb. Resid.-Th.
Großer Ball
für die ältere Jugend.
Nur Rundtänze.
Anfang 7 Uhr

Prachtsäle Alt-Berlin

Diamantstr. 10, Kino-Eing.
Tanzpalast
für die modern tanzende Jugend.
Anfang 7 Uhr

18. März
17. März
Garantie: Zurücknahme
Erlaubnis, Bundesamt
Verlangensfrist - General 43

Neu Patent-Begleite
zusammengefasst, handlich
komplex mit Stichwörtern
für Arbeiter, Arbeiter und
andere Zwecke. Auf Wunsch
mit Maßstabteil

Neu Kühlen-Begleite
zur Kühlen mit
einschleibbarer „Kühler“
Holzwaren-
Vertriebsgesellschaft
in Gudenwald

Metalankaufsstelle
Guten.
Grüner Weg 30
zahlte Tagespreise für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.

Wer mit seinem Kautabak nicht zufrieden ist, mache
einen Versuch mit dem seit vielen Jahren eingeführten
Kapitän-Kautabak.

Diese Sorte wird nur aus reinem amerik. Kentucky-Tabak
hergestellt, daher der vorzügliche Geschmack. Kapitän-
Kautabak (Rollen, Schichten) muß den Kapitän-Kautabak
Zeit abhalten: (ersetzt) esch zurück. Neue
Verkaufsstellen werden eingetragelt und auf Anfrage gern
mitgeteilt. Generalvertrieb: Carl R. Scherer, Berlin,
Lichterberger Str. 23. (Pernstor. Kst. 3861.)

Post-
versand: **Frisch ab Fabrik!**
Jeder Hausstand
der Sorgen enthoben!

Haferflocken frisch von der
Mühle, erst-
klassige Quali-
tät für Kinder, Kranke und Gesunde, enthält
entspelt, süß wie Nudl, von feinem, bisquitartigem
Wohlgeschmack. Einzig wirks. bei Unterernährg.

Backmehl oder Grieß
schneeweiß, einkeimt und entzittert: für nahr-
hafte Suppen und Puddings hervorragend be-
währt, ebenso für Backzwecke, Kuchen u. Torten.

Kombiniert. Postkoll — 10 Pfd. brutto
zur Hälfte Haferflocken } (Nachnahme M. 26.-
zur Hälfte Backmehl } bei Voreinsend. M. 34.50
oder Grieß } franko, inklusive Verpackung

Nahrungsmittel-Bezugs-Gesellschaft
m. b. H.
Schwarzenbek i. Lbg.
Postcheckkonto Hamburg Nr. 45197

Stellenangebote
Für Unterbringung unserer
Dichtungen wird eine mit unseren
Gefühl verbunden

Lageristin
gehört. Genmann & Schmidt
H. G. Lagersperrwaren-
fabrik, Berlin N. 87, Schön-
hauser Allee 194.

**Gesucht tüchtige
Spinnere
u. Vorarbeiterin**
für unsere Spinnerei für die
Umformung von Leinwand mit
Papier. Haben Gehalt zuge-
sichert. Offerten unter L. 17
erbet. an d. Hauptstr. d. „Bors“

Telephonistin
ausgebildet, (Klappenschrift,
Fernschreibmaschine)
sucht Stellung
Bezugsliste vorhanden. Offerten
unter K. 17 Expedition „Ber-
liner“, Lindenstr. 3, erbeten.

Für unsere Spazierstod-Abteilung suchen wir
eine in der Branche durchaus bewanderte
30293

erste Expedientin
Remak & Silber, Lindenstr. 71/72.

Kundgebung des Reichspräsidenten.

Berlin, 18. Januar. (W.D.) Der Reichspräsident hat aus Anlaß des heutigen Tages folgende Kundgebung erlassen:

Am 18. Januar sind fünfzig Jahre seit der Einigung der deutschen Stämme zu einem einheitlichen Staatsgebilde vergangen. Die Sehnsucht unserer Vorfahren, das heiße Verlangen weiser Schichten des Volkes in allen deutschen Gauen fanden hierdurch ihre späte Erfüllung, und diese Erfüllung blieb von Dauer. In allen schmerzlichen Verlusten, die uns jetzt durch Krieg und Frieden getroffen haben, ist uns — fast als einziges — das eine große Unglück erspart geblieben, daß die deutschen Länder wieder auseinandergefallen sind. Sie halten aneinander fest, darüber wollen wir uns freuen, wenn wir auch mit besonderer Trauer an diesem Tage zu allen deutschen Landesleuten hinüberblicken müssen, die gegen ihren Willen von ihrem stammverwandten Lande getrennt sind, und auf das besonders schwer leidende Oesterreich, das mit dem Herzen zu uns steht, wie wir zu ihm. Unsere innere staatliche Einheit weiter zu erhalten und zu festigen, muß unser aller letzter Wille sein, wenn uns auch politische und wirtschaftliche Anschauungen, mehr als gut ist, trennen.

In einem sind wir alle einsig: Grenzen sollen uns nicht trennen. Die Einheitlichkeit unseres deutschen Vaterlandes ist für uns alle ein Stück unseres Glaubens, unserer Liebe und unserer Hoffnung.

Berlin, den 18. Januar 1921.

Der Reichspräsident gez. Ebert.

Der Reichszugler gez. Fehrenbach.

Zigarren und Rübensaft.

Die Waffen des Waldenburger Heimatschutzes.

Vor einigen Tagen haben wir von der Entlassung des Waldenburger Heimatschutzes Mitteilung gemacht und aus der Fülle der aufgefundenen Dokumente einige besonders belastende mitgeteilt.

Wir lassen weiter unten die Dokumente folgen. Der von uns schon bezeichnete Generalquartiermeister Müller schrieb u. a. folgenden geheimnisvollen Brief an ein anderes Mitglied, den Lehrer Becker:

Bad Salzbrunn, den 30. Dezember 1920.

Sehr geehrter Herr Becker!

1. Am 3. Januar beginnen im hiesigen Kreise die Hausdurchsuchungen nach Waffen; wenn wir auch keinerlei Waffen besitzen, so kann die Mitteilung doch nichts schaden. In Frage kommen nur Militärwaffen.

2. Bitte ich um Mitteilung, ob bis 5. noch ein Führer nach hier kommt; ich hätte noch einige Zigarren mitzugeben.

3. Wünsche ich Ihnen und den anderen Herren ein frohes Neujahr und verbleibe mit besten Grüßen Ihr ergebener Müller.

Bitte den Brief sofort zu vernichten.

Die prompte Antwort darauf leutele!:

Sehr geehrter Herr Müller!

Ich hoffe bis zum 5. Januar wegen den Zigarren einen Wagen schicken zu können. Ich laute vorher an. (208.)

Ihre Neujahrswünsche erwidere ich bestens. Ergebenen Gruß!

Becker.

Was das für „schwere“ Zigarren sind, zu deren Transport Fuhrwerk nötig ist, sieht ein Blinder. Der Zusammenhang ist klar: Der Landrat kündigt Hausdurchsuchungen nach Waffen an, Herr Müller, der selbstverständlich keine Waffen hat, läßt aus purer Angst seine Zigarren obolen, damit nicht etwa ein kurzschichtiger Gendarm die Zigarren für Waffe gewahrpatronen ansieht. — In derselben plumpen Desprande sind folgende Notizen des Herrn Müller gehalten, die sich unter den sorgfältig aufgehobenen Dokumenten des verhafteten Herrn Hoff fanden:

Gutsbesitzer Weigelt in Adelsbach vis-à-vis von Gutsbesitzer Heil an die Cessentische rufen lassen, fragen, ob er circa 10 Liter Rübensaft a 8 Mark abholen kann für Hauptmann Wislicens, Bad Salzbrunn.

1,50 Gebühren.

20. Dezember 1920.

Der Gutsbesitzer Weigelt holt nicht nur Sirup ab, er liefert ihn auch. Das zeigt folgender Zettel:

Gutsbesitzer Weigelt in Adelsbach ankunten, ob er 10 Liter Sirup zu 8 Mark abgeben kann.

Mit Gelegenheitsfuhrer reinbringen oder ob und wann mit eigenem Fuhrwerk abgeholt werden kann?

Cessentische Adelsbach ankunten!

Es ist erstaunlich, daß auch für diesen Rübensaft immer gleich Fuhrwerk notwendig ist. Wer jedenfalls nicht so naiv ist zu glauben, daß der Waldenburger Heimatschutz zu dem Zweck gegründet ist, um mit Zigarren und Rübensaft Handel zu treiben, der wird sich das Nötige denken können.

Inzwischen hat auf Anweisung des Ministers Genoring die Breslauer Regierung in Waldenburg eingegriffen. Eine Durchsuchung mehrerer Ortschaften durch die Schutzpolizei hat stattgefunden; 6 Führer der Kreisleitung des Heimatschutzverbandes verfassungstreuer Schlefier sind festgenommen worden. Sie erklären durchgängig, mit militärischen Plänen nichts zu tun zu haben. Die Hauptbeschuldigten, nämlich der Verfasser der militärischen Erläuterungen, die wir veröffentlichten, Leutnant d. R. a. D. Müller, Geschäftsführer der Kreisleitung des Heimatschutzverbandes verfassungstreuer Schlefier, sowie sein Stellvertreter, Leutnant Racionga, sind nach berühmtem Muster verschwunden. Gegen den ersten hat der Staatsanwalt bei dem außerordentlichen Gericht Haftbefehl beantragt.

Beschlußfassung der Eisenbahner.

Nachdem der Sechzehnerausschuß, in dem sämtliche Eisenbahnerverbände vertreten sind, in einem Aufruf an die deutschen Eisenbahner mitgeteilt hat, daß die Vertreter der Spitzenverbände die Annahme der bei den letzten Verhandlungen zustande gekommenen Vereinbarungen befürworten, sind nunmehr für Dienstag die erweiterten Vorstände der einzelnen Organisationen zur Beschlußfassung nach Berlin berufen worden. Wie wir erfahren, besteht bei sämtlichen geschäftsführenden Vorständen die Absicht, die Bewegung zu beenden und den Teilerfolg trotz der vorhandenen Mängel den Mitgliedern zur Annahme zu empfehlen. Sobald die Beschlüsse der erweiterten Vorstände vorliegen, geht ein gemeinsames Flugblatt der zur Eisenbahnerfront zusammengeschlossenen Verbände an alle Eisenbahner. Es wird darin der Verlauf der Bewegung ausführlich besprochen und darauf hingewiesen werden, daß zur Stunde ein günstigeres Resultat nicht zu erreichen sei. Da ein Streik unter den gemachten Zugeständnissen als außerordentlich gefährdend erscheinen muß, wird von der Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels abgeraten werden.

Das neue Getreidesystem.

Wie wir bereits meldeten, hat in der Konferenz der Ernährungsminister zu Dresden Reichsminister Dr. Hermes erklärt, daß die bisherige Form der Getreidewirtschaft nicht beibehalten werden könne. Der überwiegende Teil der Konferenzteilnehmer schloß sich diesem Standpunkt an und brachte seine Stellung durch Annahme folgenden Antrages zum Ausdruck:

Die öffentliche Bewirtschaftung des Brotgetreides, der Gerste und des Hafers aus der Ernte 1921 muß aufrechterhalten werden. Mit der Festsetzung der Mindestpreise wird jedoch gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß das bisherige System der Bewirtschaftung nicht fortgeführt werden kann. An Stelle des bisherigen Systems muß das Umlagesystem in erster Linie in Erwägung gezogen werden, wobei die Einzelheiten noch näherer Regelung vorbehalten sind. Für den Fall, daß dieses System gewählt wird, müssen Gemeinden und Kreise Träger der Lieferung werden und muß der Reichsgetreideordnung eine Bestimmung eingefügt werden, nach der durch Umlage zur Ablieferung geforderte, aber nicht zur Ablieferung gelangte Mengen im Verwaltungswege durch Verzahlung in Höhe des Mehrschlages des Höchstpreises, mindestens des Weltmarktpreises verlangt werden kann.

Danach sieht das neue System wie eine großzügige Vereinerung der Agrarier aus.

Etatsberatung im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstags setzte am Montag die Beratung über den Etat des Reichsministeriums des Innern fort. Zum Titel über Landesvermessung ladet Abg. Löwenstein (N. Soz.) das starke militärische Element in dem Personal der Landesvermessung. Staatssekretär Dewald (Reichsminister des Innern): Zurzeit sind nur noch 17 ehemalige Offiziere, aber 248 Zivilbeamte beschäftigt. Abg. Hoch (Soz.): Die ganz Privatindustrie baut sich auf den Karten des Landesvermessungsamts auf. Bei diesem Posten darf nichts abgestrichen werden. Alle Kündigungen sollten zurückgenommen werden. — Eine sozialdemokratische Entschließung fordert, den Kartendruck der Landesvermessung vorläufig nicht einzuschränken und dem nächsten Haushaltsplan eine Denkschrift über den Kartendruck der Landesvermessung beizufügen.

Aussprache über die Technische Rothilfe.

Nach Mitteilungen des Abg. Schröder (Z.) über den Organisationsplan der Technischen Rothilfe erklärt Simon (U.S.P.): Die Technische Rothilfe wird von den Arbeitern allgemein als Streikbrecherorganisation bezeichnet. Die Gewerkschaften sind der Ansicht, daß die Arbeiter den Schutz der lebenswichtigen Betriebe selbst übernehmen würden. Dr. von Delbrück (Dnat. Sp.): Auch die christlichen Gewerkschaften erkennen die Unentbehrlichkeit der Technischen Rothilfe an. Abg. Gelfler (D. Sp.): Gängig ist nicht alle Gewerkschaften sind Gegner der Technischen Rothilfe. Reichsminister Koch: Die Technische Rothilfe ist keineswegs eine Streikbrecherorganisation, sie hat Menschenleben gerettet und Deutschland vor dem Zusammenbruch bewahrt. Die Technische Rothilfe hat sich durchaus bewährt und überall sachgemäß eingegriffen. Wenn die Arbeiter die Betriebe verlassen, das Arbeitszeug verstoßen und sogar die Beamten wegen mangelnden Schutzes das Werk verlassen müßten, dann müßten natürlich ganz fremde Leute bei der Übernahme hier und da einen Fehler machen. Vorläufig kann man die Technische Rothilfe noch nicht entbehren, denn die Gewerkschaften sind noch nicht so organisiert, doch sie ihrerseits diese Aufgaben übernehmen könnten. Abg. Müller-Franken (Soz.): Meine Freunde lehnen den Tag herbei, an dem die Technische Rothilfe verschwinden kann. Wir werden zu dieser Frage noch Stellung nehmen. In den Gewerkschaftskreisen meiner Partei bestehen starke Bedenken gegen die jetzige Organisation der Technischen Rothilfe. Das Ministerium des Innern sollte mit den großen gewerkschaftlichen Organisationen einen Modus vivendi finden, für Fälle, in denen tatsächlich ein Notfall vorliegt. Es ist nicht angängig, daß der Reichswirtschaftsrat sich mit dem Etat befaßt, weil dies dem Reichstag vorbehalten sein muß. — Nachdem nach Dr. Pachtke (Dem.), Dr. Fleischer (Z.) und Dr. von Delbrück (Dnat. Sp.) für die Technische Rothilfe eingetreten sind, genehmigt der Hauptauschuß die Ausgaben für die Technische Rothilfe mit 25 Millionen Mark für Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen und 15 Millionen Mark zur Durchführung der Rothilfe. — Nunmehr fragt Dr. Schröder (Z.) nach der Entwicklung der Anstalt für die Befämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich. Nachdem Präsident Damm ausführliche Auskunft erteilt hat, genehmigt der Hauptauschuß für diese Zwecke eine halbe Million Mark. — Sämtliche bürgerlichen Parteien bringen einen Antrag ein auf baldige

Errichtung eines Denkmals

in Berlin für die auf außereuropäischem Boden im Kampf gefallenen Deutschen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) widerspricht der Anregung, eine Kundgebung für die Kolonien zu veranstalten. Der Antrag über das Denkmal wird vom Hauptauschuß angenommen.

Dr. Pachtke (Dem.): Wir wünschen nicht, daß die Reichstagswahlen nochmals auf Grund eines vorläufigen Wahlgesezes vorgenommen werden müssen, man muß die

Arbeiten am Wahlgesez

energisch betreiben. Vor den endgültigen Bestimmungen muß man sich mit Preußen verständigen.

Reichsminister Koch: Das Gesez über den Volkswahlzettel werden wir bald vorlegen können. Auch am Wahlgesez wird längst gearbeitet. Die von mir erbetenen Gutachten der Parteien sollten bald erstattet werden, um das Wahlrecht in seinen Einzelheiten danach zu gestalten.

Für die Durchführung der Reichstagswahl genehmigt der Hauptauschuß 98 Millionen Mark Kosten. — Weiter werden dann genehmigt 5 Millionen Mark zur Fürsorge für die deutschstämmigen Auslandsflüchtlinge, insbesondere die Deutschbalten, weiterhin 400 000 Mark für armenrechtliche Unterstützung juridaemwanderter Deutscher. Ferner werden 400 Millionen Mark bewilligt für die durch

innere Unruhen

innerhalb des Reichsgebiets verursachten Schäden. Nach Bemerkungen der Abg. Dr. Fleischer (Z.) und Dr. Schröder (Z.) genehmigt der Hauptauschuß den Etat des Reichsministeriums des Innern und beschließt Vertagung bis Dienstag.

Sozialdemokratische Beamtenkonferenz.

Halle a. S., 17. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine Beamtenkonferenz der S.P.D. für den Bezirksverband Halle a. S. fand am Sonntag hier statt. Die Konferenz hatte den Zweck, Stellung zu nehmen zu den großen Fragen der Beamtenbewegung. Als besonderer Punkt wurde die Demokratisierung der Verwaltung auf die Tagesordnung gesetzt. Genosse Ruben-Berlin, Staatskommissar in Braunschweig, hatte das einleitende Referat übernommen. Er forderte insbesondere die Beamten auf, gemeinsam mit dem Proletariat eine Kampffront zu bilden, nur dann wird es möglich sein, die reaktionären Bestrebungen in den Verwaltungen erfolgreich zu bekämpfen. Genosse Hörsting, Oberpräsident für die Provinz Sachsen, der ebenfalls anwesend war, rief die Beamten zu intensiver Wahlarbeit auf und betonte insbesondere, nur durch die innige Solidarität mit der Handarbeiterschaft werde letzten Endes der Sieg errungen werden. Die Beamten müssen ebenfalls Apokel und Prediger des Sozialismus werden, legen wird bald der Tag kommen, wo wir neben einer konkreten Verfassung auch eine demokratische Verwaltung haben.

Ueber die Organisation der Beamten sprach Genosse Aldin o. s. Berlin. Er beschäftigte sich insbesondere mit dem leider noch immer größerenden Beamtenbüffel und wogte die eigenartige Beamtenverhältnisse der bürgerlichen Parteien fest.

Die Konferenz nahm folgende Resolutionen und Anträge an:

1. Zur Einheitschule. Die Befestigung der Republik ruht auf der Demokratisierung der Verwaltung und des Gerichtswesens. Ihr Ausbau ist mit allen Mitteln zu fördern. Hierzu gehört auch die Einheitschule. Deshalb fordert die sozialdemokratische Beamtenkonferenz des Regierungsbezirks Merseburg sofortige reichs- und landesgesetzliche Maßnahmen zum Aufbau dieser Schulorganisation.

2. Teuerungszuschlag. Die Bezirkskonferenz hält unbedingt an der Staffellung der Teuerungszuschläge (Ausgleichszuschläge) fest und fordert den Beamtenvorstand auf, mit allen Mitteln diese Zuschläge durchzubrüden.

3. Beamtenrätegesetz. Die Bezirkskonferenz fordert den Parteivorstand auf, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die baldige Annahme des Beamtenrätegesetzes nach dem Entwurf des deutschen Beamtenbundes und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu ergänzen; das Mitbestimmungsrecht in allen Fragen, soweit dieselben nicht die direkten Funktionen der Behördenvorstände berühren, müssen gesichert werden. Wie die Betriebsräte den Sozialismus der Wirtschaft vorbereiten, so ist die Grundlage der Demokratisierung von unten herauf das Beamtenrätegesetz.

Gesprenzte Stadtverordnetenversammlung.

Halle a. S., 17. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zu Beginn der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde vom Stadtverordnetenvorsteher Dr. Keil (Dem.) die Mitteilung gemacht, daß eine Arbeitslosen-Deputation bei ihm vorstellig geworden sei, die das Recht begehrte, der heutigen Sitzung im Saal beizumohnen zu können, um ihre Wünsche vorzubringen. Es wurde dies vom Vorsteher mit dem Hinweis auf die Geschäftsordnung abgelehnt. Daraufhin besetzten die Arbeitslosen die Zuführgalerie. Die dann stattfindende Stadtverordnetenversammlung wurde wiederholt durch lärmende Zurufe seitens der Galerie unterbrochen. Die kommunistischen Stadtverordneten hielten lange Programmreden zu allen Punkten. Bei Beratung der Bereitstellung von Mitteln für Erwerbslosenzwecke kam es zu Redebausen. Von demokratischer Seite wurde der Vorsteher wiederholt ersucht, die Galerie räumen zu lassen, da sonst die gesamten Bürgerlichen den Saal verlassen wollten. Der Stadtverordnetenvorsteher sah sich nach verschiedenem gütlichen Zureden veranlaßt, die öffentliche Sitzung zu vertagen. Unter wilden Zurufen, Drohungen und kommunistischen Brandreden jugendlicher Arbeiter verließen die Arbeitslosen die Galerie.

Reichskonferenz der Kriegsbeschädigten.

Im Reichstagsgebäude fand dieser Tage die Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten statt. Aus dem Geschäftsbericht des ersten Vorsitzenden Schumann ist hervorzuheben, daß der Reichsbund gegen das neue Versorgungsgesez in den Tagen vom 5. bis 12. September eine große Protestaktion veranstaltet hat. Der Reichsbund verlangt vor allen Dingen, daß die Einkommensgrenze, von der an die Renten gekürzt werden können, von 5000 auf 12 000 M. erhöht wird, ferner fordert er Erhöhung der Teuerungszulagen von 25 auf 50 Proz.

Aus der Tätigkeit der Organisation ist zu berichten, daß sie von 122 Beratungslagen vor dem Militärversorgungsgesetz 92 mit Erfolg durchgeführt hat, von 330 Returen vor dem Reichsversorgungsgesetz 89 mit Erfolg. Die Zeitung „Der Reichsbund“ erscheint jetzt in einer Auflage von 800 000. Die Finanzen sind durch die letzte Beitragserhöhung vollständig in Ordnung gebracht.

Ferner wurde eine Entschliezung angenommen, in der die Bestrebungen, eine feste internationale Organisation der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen herbeizuführen, begrüßt werden. In der beim Internationalen Arbeitsamt in Genf bestehenden Abteilung für Kriegsbeschädigtenfragen erblickt die Reichskonferenz eine Grundlage zu einem selbständigen Fürsorgeamt.

In der Frage der Kriegshinterbliebenenfürsorge äußerte der Reichsbund seinen bisherigen Grundlag dahin, daß zwischen erwerbsfähigen und erwerbsunfähigen Witwen ein Unterschied nicht mehr gemacht werden soll. Der Beschluß erfolgte mit 31 gegen 23 Stimmen. Ferner wurde verlangt die Auslieferung der Kriegselternrente, die gegenwärtig nur 1500 M. pro Jahr beträgt.

Arme „Kreuz-Zeitung“!

Der monarchistisch-byzantinische „Bund der Aufrechten“ hat zu den Preußenwahlen eine Kundgebung erlassen, die mit den Worten schließt:

Wir wollen den König von Preußen wiederhaben! Niemals werden wir die altpreussische Lösung aufgeben: Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Offenbar richtet sich der Schlußsatz gegen die „Kreuz-Zeitung“, die am Tage nach der Revolution die Worte „Mit Gott für König und Vaterland“ vom Kopf ihrer Zeitung angestrichen entfernte und gegen den Grafen Bismarck, der als Redakteur des Blattes diese Maßnahme gutieß und den Reichstag verteidigte. Selbst im monarchistischen Sinne werden sie sich nicht mehr zu den „Aufrechten“ zählen können.

Vom Exkronprinzen.

Die holländische Regierung hat sich nach einer D.L.-Medlung veranlaßt gesehen, die Polizeiabteilung auf der Insel Bierening, die bekanntlich der Wohnsitz des ehemaligen deutschen Kronprinzen ist, zu verstärken. Künftig werden dem Exkronprinzen bei jedem Ausgange zwei Polizeibeamten auf dem Rode folgen. — Mit der „Riesenselbstheit“ des Exkronprinzen in Bierening, von der die deutschen Blätter sabeln, scheint es danach nicht so weit her zu sein.

Die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande“ veröffentlicht ein Gespräch mit dem früheren Kronprinzen, worin dieser erklärt, er würde gern nach Deutschland zurückkehren, um dort am Wiederaufbau seines Vaterlandes mitzuarbeiten; aber er sehe ein, daß es nicht gehe. „Die vielen Feinde“, sagte der Kronprinz, „die ich in Deutschland und im Ausland habe, würden in jeder Tat, die andere begehren und von der ich vielleicht überhaupt nichts weiß, mein Werk sehen. Daraus könnte Beunruhigung entstehen, und das Vaterland braucht Ruhe, um sich wieder hinauszuarbeiten.“ — Auch dem Exkronprinzen wird es viel geläuter sein, Hufeisen statt Komplotte zu schmieden, mit denen er nachher „vielleicht“ gar nichts zu tun hat.

Freigeprochen, doch nicht freigelassen! Zu dem Prozeß Dobner-Procher melden die Blätter, daß Dobner, der kaiserlich-königliche Staatsanwältiger ist, voraussichtlich in S. schuldig bleiben dürfte. Bayerische „Recht“ zustände!

Der japanische Botschafter Hiroki ist in Berlin eingetroffen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Konflikt bei Ludwig Loewe.

Die am Montagmorgen abgehaltene Betriebsversammlung der Loewischen Arbeiterschaft gab zunächst den Arbeitnehmerbeisitzern des Schlichtungsausschusses Gelegenheit, sich wegen ihrer Zustimmung zu dem Vergleichsvorschlag zu rechtfertigen. Beiführer Zippel (Kommunist) gab in längerer Rede eine sehr sachliche Begründung seiner Haltung im Schlichtungsausschuss. Er sagte, man habe damit rechnen müssen, daß ein Schiedsspruch, der mit den Stimmen der Arbeitgeberbeisitzer und des unparteiischen Vorsitzenden gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer zustande gekommen wäre, für die Arbeiter wahrscheinlich ungünstig ausgefallen wäre. Deshalb sei der Vergleichsvorschlag gemacht worden, der nach langen Beratungen, bei denen die Arbeitnehmerbeisitzer soviel wie möglich für die Arbeiter zu erlangen bemüht waren, als Kompromiß zustande gekommen. Der Vorschlag, wonach Arbeiter, die sich großer Verstöße schuldig gemacht haben, nicht wieder eingestellt zu werden brauchen, beziehe sich nur auf Gewalttätigkeiten. Durch den Vergleichsvorschlag werde die Entscheidung, ob der Konflikt durch einen Kampf durchgeföhrt oder durch Verständigung beendet werden solle, in die Hände der beteiligten Arbeiterschaft gelegt, die ja nach eigenem Ermessen für oder gegen den Vergleichsvorschlag stimmen könne. Der Schlichtungsausschuss habe nach sachlichen Gesichtspunkten zu entscheiden. Revolutionäre Kämpfe könnten im Schlichtungsausschuss nicht ausgeföhrt werden. Wer einen revolutionären Kampf führen wolle, der handle inkonsequent, wenn er den Schlichtungsausschuss anruft. Von diesem Standpunkt gesehen, sei es auch inkonsequent, wenn die Kommunisten Mitglieder ihrer Partei dazu verurteilen, im Schlichtungsausschuss mitzuwirken. Im Schlichtungsausschuss könne keine kommunistische Politik getrieben werden. — Die Ausführungen des Redners wurden oft von mißbilligenden Zwischenrufen unterbrochen.

Von den beiden der U.S.P. angehörenden Beisitzern erklärte Gutlich, daß sein Verhalten im Schlichtungsausschuss durchaus gerechtfertigt sei. — Der dritte Beisitzer, Himmelfahrt, brückte sich weniger bestimmt aus und sagte, der Schlichtungsausschuss habe über den Vergleichsvorschlag gar nicht abgestimmt. Wenn es geschehen wäre, dann würde er gegen den Vorschlag gestimmt haben. — Günther, der als Berichterstatter der „Roten Fahne“ und angeblich auch als Vertreter der U.S.P. anwesend war, sagte, seine Partei schäme sich, daß ihr Mitglied Zippel dem Vergleichsvorschlag zugestimmt habe. — Zippel verwarf die Behauptung, daß durch eine solche öffentliche Kennzeichnung das Urteil vorweggenommen werde, was erst in einem Ausschlußverfahren gegen ihn geföhrt werden könne.

Bezüglich des weiteren Verhaltens der Arbeiter im Konflikt wurde Mitteilung gemacht von den stattgehabten Besprechungen der Partei- und Gewerkschaftsvertreter, welche bekanntlich die Führung der Angelegenheit den Gewerkschaften überlassen haben.

Durch einen gegen einzelne Stimmen gefassten Beschluß erklärte die Versammlung, daß sie den von den Organisationen eingeschlagenen Weg, einen endgültigen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses herbeizuföhren, billigt und das Ergebnis der am Mittwoch stattfindenden Konferenz abwarten wird.

Einstimmig wurde eine Erklärung beschlossen, welche sagt, daß die ganze Belegschaft einmütig hinter dem Betriebsrat und seinen in bezug auf die Bewegung zu fassenden Beschlüssen steht.

Gewerkschaftsfunktionäre!

Mittwoch, den 19., abends 8 Uhr, findet im Winteraal der Antonbrauerei (siehe Schulbeil.) Ostende, eine Versammlung sämtlicher freigewerkschaftlicher Vertrauensmännerobleute der Betriebe, der Vorsitzenden der Betriebsräte sowie der Gewerkschafts-, Kommissions- und Afa-Ortskartellvertreter statt.

Gewerkschaftskommissions- und Afa-Vertreter erhalten die Legitimation zugesandt. Für die Vertrauensmännerobleute gilt die Legitimation der Organisation; für die Vorsitzenden der Betriebsräte außer Mitgliedsbuch und freigewerkschaftlicher Betriebsrats-Legitimation ein mit dem Firmenstempel versehenes Ausweis, daß sie Betriebsratsvorsitzende sind.

Erlauben ist unbedingt erforderlich, da die Loewe-Angelegenheit. Kurzarbeiter und Arbeitslosenfragen einer Dringlichkeit entgegengeföhrt werden sollen.

Afa-Gewerkschaftskommission
Ortskartell Groß-Berlin
Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale
für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Und doch gestraucht!

Anfang Dezember betrauteten wir über die eigentümliche Art und Weise, in der der Gauleiter des Verbandes der Steinseger, Sidura, mit den Unternehmern verhandelte. Wir überföhren unseren Artikel: „Auf dem Wege nach Kockau gestraucht.“ Den Kommunisten gefiel es allerdings gar nicht, daß wir einen der Jäten an den Pranger stellten, weil er in schamlosester Weise die Interessen ihrer Arbeitssöhne um eigenen

Parteil willen verkaufte. Die inzwischen eingegangene „Internationale“ und die „Rote Fahne“ hürzten sich mit wüstem Geschwätz auf uns und erklärten, daß es sich nur um einen Kackart handle, den man an Sidura begeben, weil er auf dem Boden der Dritten Internationale stehe. Eine Versammlung der Steinseger hörte sich eine Verteidigungsrede ihres Gauleiters an und erteilte ihm „empört von dieser niedrigen Handlungsweise“ (natürlich des „Vorwärts“, d. Red.) ein Vertrauensvotum. Man kann sich daher unsere Ueberföhren vorstellen, als wir gestern abend in der „Roten Fahne“ die Notiz fanden, die besagt, daß Sidura „nach eingehender Prüfung durch das Schiedsgericht des dritten Verwaltungsbezirks“ aus der Partei der Kockauer ausgeschlossen wurde. Verstimmt fügt die „Rote Fahne“ hinzu: „Den Grund zum Ausschluß geben die bekannten Vorgänge im Steinsegerverband.“

So ist also die Mär von dem Kackart zusammengeföhrt und die betrogenen Verbandmitglieder können über die niedrige Handlungsweise eines Mannes nachdenken, dem sie ihr Vertrauen schenken und der doch nur das ist, was so viele angebl. Führer sind, nämlich ganz gefährliche Schädlinge und Verräter an der Arbeiterbewegung. Der Fall Sidura ist wieder eine der vielen Warnungen für die Arbeiterschaft, nicht jedem Kockauer Blindling zu folgen und ihr Vertrauen zu schenken, sondern sie auf Herz und Nieren zu prüfen und eingedenk zu sein des Wortes: „Seht Euch Eure Führer an!“

Der sterbende Postverband.

Zu dem unter vorstehender Ueberschrift in der Abendausgabe vom 11. d. M. veröffentlichten Artikel wird uns aus parteigedönslichen Kreisen geschrieben:

Es ist das Verhängnis der mittleren Postbeamenschaft, daß sie aus der Gewerkschaftsbewegung der deutschen Arbeiterschaft nichts gelernt hat. Zersplitterung der vorhandenen Kräfte durch Sonderorganisationen, Mangel an Solidaritätsgefühl, Partikularismus der kleinen und kleinsten Gruppen hat es dahin kommen lassen, daß heute sogar die Beschlüsse des Reichstags zur Personalreform von den zuständigen Ministerien sabotiert werden.

Für diese Mißhandlungen durch die zuständigen Regierungsstellen wird nun der Postverband verantwortlich gemacht, der angeblich die Interessen seiner Mitglieder nicht energisch genug wahrnehmen soll. Richtig ist, daß die Verbandsleitung sich nicht so radikal gebärdet hat, wie dieses von einzelnen Gruppen gewünscht wurde und bisher versucht hat, auf dem Verhandlungswege die Belange ihrer Mitglieder sicherzustellen. Richtig ist auch, daß ein frischerer, neuzeitlicher Geist in der an alten Traditionen hängenden Organisation dringend an die Reihe wäre. Diese Umstellung aber verhindert zu haben, ist allein die Schuld der Mitglieder selbst, die es bisher an der nötigen Aktivität und tatkräftigen Mitarbeit haben fehlen lassen.

Den aufgeregtesten Unwillen in den Mitgliederkreisen haben sich nun politische Drahtzieher zunutze gemacht, die nach der Revolution geschmiedete Einigkeit der mittleren Postbeamten für ihre Zwecke dienstbar zu machen und die alte Zersplitterung zum Recht aller herbeizuföhren. Der Räder „Differenzierung von Militär- und Zivilangewandten“, der seine Geburtsstätte im Reichsfinanzministerium hat, ist seitens des deutschen nationalen Stadtverordneten Bangula (eine anrüchliche Persönlichkeit aus der Kappzeit) dazu verwendet worden, die Unzufriedenheit der Postmilitärangewandten zur Gründung einer Sonderorganisation auszunutzen. Die Tätigkeit dieser Neugründung liegt darin, einen Kampf gegen die alte Interessengruppe zu föhren, um sich lebensfähig zu erhalten; die Ziele sind bei beiden gemeinsam.

Der alte Verband, der noch bis vor kurzem 57 000 Mitglieder hatte, zählt heute 42 000 Mitglieder, und es ist ein altes Sprichwort, daß die Sterbenden und Totgegangenen in vielen Fällen ein jähres Leben haben. Jedenfalls ist der bevorstehende Zusammenschluß der vier Großorganisationen der Post (höhere, mittlere, untere und weibliche Beamten) zu einer „Reichsgewerkschaft“ ein Marktstein in der Gewerkschaftsbewegung der Postbeamten und ein sicheres Zeichen für das erwachende Solidaritätsgefühl der über-großen Zahl der Postbeamten. Die zerföhrende Tätigkeit der Sonderorganisationen wird an diesem Block zerföhren. Nicht nach russischem Beispiel — diesmal von den Rechtsblockgewerkschaften — alles zerföhren und sich dadurch der Waffe berauben lassen, sondern umformen und mit neuzeitlichem Geist durchdringen, das sollte die Parole, insbesondere die unserer Parteigenossen sein.

Achtung, Bauarbeiter und Zimmerer!

Auf der Baustelle Siedlungsgesellschaft Lindenhof (Blanke Gölle) wurden die Arbeiten Ende Dezember v. J. angeblich wegen Geldkalamitäten rektlos eingestellt. Alle auf dieser Baustelle beschäftigten Arbeiter, Handwerker und Beamte erhielten bisher pro Tag eine Pauschsumme bezahlt. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll nun davon abhängig gemacht werden, daß die Arbeiterentscheid auf die bisher gezahlte Pauschsumme verzichtet. Um dies zu erreichen, wird den Neueinsteigenden ein Revers zur Unterschrift vorgelegt. Ein derartiges an die Bauarbeiter gerichtetes Verlangen ist unzulässig. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter vertraglich geregelt sind und es einer besonderen Unterschrift nicht bedarf. Hier kommt § 4 Abs. 3 des Tarifvertrags zur Anwendung. Dieser lautet: „Wo bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, dürfen sie während der Vertragsdauer nicht zugunsten der Arbeitnehmer verändert werden.“ Neueinsteigende erhalten dieselben Vergütungen. Es haben — im Falle des Herrn Laffen — bereits Verhandlungen stattgefunden und haben wir auf die Bestimmungen des Tarifvertrages aufmerksam

gemacht. Dessenungeachtet versucht man es dennoch, den Arbeitern den Revers zur Unterschrift vorzulegen.

Wir machen jene Leute — die da glauben, hierfür berufen zu sein — erneut darauf aufmerksam, daß die Bestimmungen des Tarifvertrages nicht nur auf dem Papier stehen, sondern daß ab-geschlossene für verbindlich erklärte Tarifverträge in allen Einzelheiten auch gehalten werden müssen.

Bauarbeiter Berlins, laßt Euch nicht auf solche Weise Eure Rechte beschneiden!
Rabuliste Berlin der D. B. A.
Zahlstelle Berlin des Zimmererverbandes.

Die Leitergerüstbauer nahmen in einer Vollversammlung Stellung zur Frage des Tarifabschlusses. Einleitend führte Rig vom Deutschen Transportarbeiterverband aus, daß die bekannten Verhältnisse auf die Dauer unhaltbar seien. Er rief zum Abschluß eines Vertrages, der freilich anders aussehen müsse als der Entwurf der Arbeitgeber. Große Heiterkeit löste die Mitteilung aus, daß die Arbeitgeber den Tarif gleich auf 10 Jahre abschließen wollen.

In der Diskussion sprach sich der Branchenleiter Kollege Hermann Walter im Prinzip gegen den Tarifabschluß aus, er will dem Abschluß aber keinen Widerstand entgegenföhren. Es wurde eine neunköpfige Kommission gewählt, welche möglichst bald einen Entwurf ausarbeiten soll, der die Wünsche der Kollegenschaft berücksichtigt.

Den Tätigkeitsbericht vom vergangenen Jahre gab der Kollege Benzner. Er forderte die Leitergerüstbauer auf, nicht zu erschrecken. Nicht Zerschlagen, sondern Vorwärtstreiben der Gewerkschaften im Klassenkampf möge die Parole für die Zukunft sein.

Bei der Neuwahl der Branchenleitung wurde Kollege A. Rig als Branchenleiter einstimmig wiedergewählt. Zum Branchenleiter wurde gewählt Kollege H. Walter, zu Beisitzern die Kollegen B. Bahder und H. Gränert, zu Schriftführern die Kollegen H. Benzner und H. Knorr.

Bei Besprechung des Antrages der Arbeitslosen, welcher von jedem in Arbeit stehenden Kollegen mit einem Wochenlohn über 200 M. die Zahlung von 2,50 M. pro Woche verlangt, wurde zum Ausdruck gebracht, daß durch derartige Mittel die Lösung des Arbeitslosenproblems nicht erfolgen könnte. Staat und Kommune hätten die Pflicht, Arbeit und damit Existenzmöglichkeit zu schaffen. Aus diesem Umstand sei der Antrag abzulehnen.

Ueber den neuen Lohnsatz der städtischen Arbeiter brachte die bürgerliche Presse eine Notiz, wonach der Magistrat den Schieds-spruch des Einigungsamtes über den neuen Lohn- und Vergütungssatz nach den Beschlüssen der Großen Deputation angenommen habe. Hierzu schreibt uns der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, daß die Notiz von Anfang bis zu Ende erlogen ist und jeder tatsächlichen Unterlage entbehrt. Die Lohn-tarifierhandlungen der im Lohnrat vereinigt Organisationen werden fortgesetzt und haben bis zur Stunde irgendwelches Ergebnis nicht gezeitigt.

Differenzen bei R. Stok u. Co., Markensfelde. Am Sonntag tagte in der Bodbrauerei, Fildinstraße, die Belegschaft der Firma. Der Obmann Hentschel erstattete Bericht über die schwebenden Differenzen. Er schilderte, wie in letzter Zeit die Direktion des Werkes dazu übergegangen sei, Bekanntmachungen ohne Gegenzeichnung anzuschlagen und so die Unruhe in die Belegschaft hineingetragen habe. Die Direktion berufe sich auf den § 60 des Betriebs-ratsgesetzes. Dann schilderte er eingehend die Diebstähle, welche zur Einführung eines Kontrollsystems geführt haben. An sich habe man nicht dagegen, aber es müsse für das gesamte Werk gelten, nicht nur für Arbeiter. In der Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, daß die Metallindustriellen sich jetzt einzelne Werke herausuchen, um diese zu Einzelaktionen zu veranlassen und nach Gründen suchen, um Werke zu schließen oder einen Teil der Belegschaft aufs Pflaster zu werfen. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die den Arbeiterrat beauftragt, erneut mit der Direktion im Beisein von Organisationsvertretern zu verhandeln, um die bestehenden Differenzen mit der Belegschaft zu beseitigen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Betriebsräte, Arbeiter-räte und Betriebsobleute aller Branchen, die gewillt sind, an den ersten freigewerkschaftlichen Räteskulturen teilzunehmen, müssen sich bis zum 22. Januar 1921 unter Vorlegung des Mitgliedsbuches im Verbandsbureau, Gewerkschaftshaus, Engel-ufer 14/15, Zimmer 33, 2. Tr., täglich bis 7 Uhr abends persönlich melden. Alle Obgenannten, die nach keinen neuen Ausweis erhalten haben, können diesen jetzt in derselben Zeit in Empfang nehmen. Es wird im eigenen Interesse erlucht, von dem Gebotenen regsten Gebrauch zu machen. — Die Bezirksverwaltung.

C.P.D.-Mitglieder des Zentralverbandes des Kunststoffs. Heute 7 Uhr Versammlung in Haverlands Hof, Neue Friedrichstr. 11. Tagesordnung: Stellungnahme der Delegiertenversammlung. Referent Genosse Franz Richter. Geföhren sämtlicher Mitglieder, die auf dem Revue der C.P.D. stehen, ist unbedingt erforderlich.

Deutscher Transportarbeiterverband. (Chemische Branche.) Vertrauens-personen, Betriebsräte, Obleute, Delegierte zur städtischen Generalversammlung am Mittwoch, 7 Uhr in Wilkes Festsaal, Sebastiansstr. 19, Funktionsversamml.-ung. — Die Branchenleitung.

Briefkasten der Redaktion.

2. 2. 206. Gute Zeitschriften finden Sie in den städtischen Volkshochschulen und Zehnhallen. Gute Bücher in großer Auswahl finden Sie in der Vorwärts-Buch-handlung, Lindenstr. 2. Preis vorzögl. — R. G. Weiden Sie sich an das Glö-bungsbureau der Stadt Berlin, Rathaus.

Veranlaßt für den 20. Heft Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Angelegen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., „Lilja“ Druck-Ver-mittlungs-Buchdruckerei u. Verlagskontroll Paul Singer u. Co., Berlin Ende 11. 2. Orlers 1. Verlag.

Ausverkauf

nach beendeter Inventur. Alles unter Preis.

<p>Herrn-Ülster M. 300, 375, 285</p> <p>Herrn-Anzüge M. 300, 325, 245</p> <p>Herrn-Hosen M. 170, 120, 80, 65</p> <p>Herrn-Gummihülse best. Qual. M. 475, 425, 375</p>	<p>Herrn-Winterjoppen in schwerer Ware M. 150</p> <p>Jünglings-Ülster M. 350, 275, 200</p> <p>Knaben-Stoff-Anzüge in kleinem Größ. v. M. 20</p> <p>Knaben-Wasch-Anzüge Größ. u. l. M. 30</p>
---	--

Einsegnungs-Anzüge in blau, schwarz und marento, aus haltbaren Stoffen, nach den neuesten Modellen gearbeitet zu enorm billigen Preisen

Gesellschafts-Anzüge Cutaways u. Westen, Smoking, Gehrock u. Frack-Anzüge in den neuesten Fassons mit Seidenapfelriem. in grosser Auswahl

Herrnstoffe für Kostüme, Sportkleid, in schönen Farben M. 95, 75, 55
100 Cutaways, 140 cm breit, gute Qualität, das Meter **60**

Nur eine Verkaufsstelle BaerSohn **Keine Filialen mehr**

Nur Chausseestraße 29-30 Nur

Kaufen Sie

Dixie

von Henkel

bestes

Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Brillanten „Veritas“

Perles, Platin, Gold Bruch kauft

Jägerstr. 10.

Kommissionsware

Sucht Großhändler, Retail, Schmiedens Off. an Dölscher, Glöckner Str. 10.

Kupfer

Messing, Zinn usw.
Quecksilber, Zahngehisse,
Platin-, Gold-, Silberbruch,
kauft

Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48
Weidenweg 72.

Itessei

Bilder, auch die a. v. möglichsten, lebendige, großformatige Haut lassen sich nur durch die seit 20 Jahren über bewährte Patte Soda herstellen. 12,50 Mark für einhundertmal mehrer nur Solta in-Unter-schiedungsbücher 4,50, Ullrich 3 Gekochten 13, — Mark

Ctto Reichel,
Berlin 40 SO, Glöcknerstr. 4

!!! Geld !!!

für sehr wertvolle, schöne An-laufpreise für Wanduhren, Brillanten, Goldgeschmiede, Edelsteine, Silber, etc. etc. Wolf, Friedrichstr. 41 III, 60a Berl.